

Land Brandenburg

Haushaltsplan 2002/2003



Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 20	4
Personalübersicht	6
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2002	8
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2003	10
Kapitel 20 010 Steuern	12
Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen	16
Kapitel 20 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)	37
Kapitel 20 610 Kapitalvermögen	47
Kapitel 20 630 Liegenschaftsvermögen	52
Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung	76
Kapitel 20 710 Versorgung	79
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2002	89
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2003	90
Stellenübersicht des Einzelplans 2002	91
Stellenübersicht des Einzelplans 2003	92
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	93

VORWORT

Der Einzelplan 20 "Allgemeine Finanzverwaltung" gehört zum Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen. In ihm sind die Einnahmen und Ausgaben, die nicht dem Geschäftsbereich eines einzelnen Ministeriums zuzuordnen sind, sondern die Gesamtheit der Landesverwaltung betreffen, nachgewiesen. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um folgende Bereiche:

Steuereinnahmen,
Finanzausgleich mit Bund und Ländern,
Kommunalfinanzen einschl. kommunaler Finanzausgleich (zusammen mit dem Ministerium des Innern),
Vermögen und Schulden,
Versorgung.

Das Ministerium der Finanzen bedient sich zur Durchführung dieser Aufgaben, soweit sie nicht im Ministerium unmittelbar bearbeitet werden, der ihm nachgeordneten Teile der Oberfinanzdirektion, der Zentralen Bezügestelle des Landes Brandenburg, der Bauabteilung der Oberfinanzdirektion Cottbus und der Landesbauämter, des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen sowie der Grundstücks- und Vermögensverwaltung.

Im einzelnen wird auf die nachfolgenden besonderen Ausführungen zu den Kapiteln und auf die Erläuterungen verwiesen.

Der Einzelplan 20 enthält folgende Fördermixprogramme:

- Förderung wirtschaftsnaher kommunaler Infrastrukturmaßnahmen, darunter Oberstufenzentren, welche im Kapitel 20 030 Titel 883 16 und im Kapitel 08 050 Titel 883 61 sowie 883 82 veranschlagt ist,
- Förderung des Fremdenverkehrs im ländlichen Raum, welche im Kapitel 20 030 Titel 883 40 und im Kapitel 10 032 Titel 883 67 veranschlagt ist

Zu Kapitel 20 010 - Steuern -

Im Kapitel 20 010 werden alle dem Land zustehenden Steuereinnahmen nachgewiesen.

Für das Haushaltsjahr 2002 werden Steuereinnahmen in Höhe von

4 729 000 000 EUR

und für das Haushaltsjahr 2003

4 916 700 000 EUR

erwartet.

Im Nachtragshaushalt für 2001 wurden veranschlagt

4 645 342 400 EUR

Zu Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen -

Im Kapitel 20 020 sind alle sonstigen nicht unter die Zweckbestimmung der anderen Kapitel des Einzelplans fallenden Einnahmen und Ausgaben veranschlagt.

Zu Kapitel 20 030 - Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen) -

Das Kapitel gibt die Leistungen des Landes an die Gemeinden und Landkreise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs wieder.

Den Berechnungen wurden zugrunde gelegt:

1. Für das Haushaltsjahr 2002:

- zu erwartende Steuereinnahmen Brandenburg (abzüglich Ausgleich für Steuerausfälle Familienleistungsausgleich von 69.800.000 EUR und der Einnahmen Feuerschutzsteuer von 6.500.000 EUR)	4 652 700 000 EUR
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	574 000 000 EUR
- Fehlbetrags - Bundesergänzungszuweisungen	270 000 000 EUR
- Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1 014 900 000 EUR
Zusammen	6 511 600 000 EUR

Unter Anwendung der Verbundquote (25 v. H.) ergibt sich daraus (einschl. des Rest-Abrechnungsbetrages aus dem Steuerverbund 1999 von 5.845.000 EUR, des Abrechnungsbetrages von 37.413.000 EUR aus der Steuerabrechnung 2000 sowie einer anteiligen Berücksichtigung von -41.000.000 EUR aus den vorauss. Steuermindereinnahmen 2001) eine verfügbare Finanzmasse im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von

1 630 158 000 EUR

2. Für das Haushaltsjahr 2003:

- zu erwartende Steuereinnahmen Brandenburg (abzüglich Ausgleich für Steuerausfälle Familienleistungsausgleich von 72.100.000 EUR und der Einnahmen Feuerschutzsteuer von 7.000.000 EUR)	4 837 600 000 EUR
- Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich	590 000 000 EUR
- Fehlbetrags - Bundesergänzungszuweisungen	275 000 000 EUR
- Sonderbedarfs - Bundesergänzungszuweisungen	1 014 900 000 EUR
Zusammen	6 717 500 000 EUR

Unter Anwendung der Verbundquote (25 v. H.) ergibt sich daraus (einschl. einer anteiligen Berücksichtigung von -50.000.000 EUR aus den vorauss. Steuermindereinnahmen 2001) eine verfügbare Finanzmasse im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von

1 629 375 000 EUR

Darüber hinaus erhalten die Gemeinden 15 v.H. der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer sowie 12 v.H. der Zinsabschlagsteuer, die im Land Brandenburg einschl. der Zerlegungsbeträge aufkommen.

Bei den den KFA-Berechnungen zugrundegelegten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ist die Erhöhung aus der Umschichtung bisheriger IfG-Bundesmittel unberücksichtigt geblieben, weil den Kommunen übergangsweise ein Anteil an diesen Mitteln wie bisher außerhalb des Steuerverbundes in Form einer kommunalen Investitionspauschale (§ 21 GFG 2002/2003) sowie im Rahmen von Fördermixprogrammen (§ 20 GFG 2002/2003) bereitgestellt wird. Der diesbezügliche Anteil an der Gesamtsumme der ehemaligen IfG-Mittel für das Land (478.569.200 EUR) beträgt im Jahr 2002 31,4 v.H. (= 150.230.300 EUR) und im Jahr 2003 25,3 v.H. (= 121.072.300 EUR) und liegt damit höher als die Steuerverbundquote.

Zu Kapitel 20 610 - Kapitalvermögen -

Im Kapitel 20 610 werden insbesondere die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen sowie die Inanspruchnahme aus Bürgschaften nachgewiesen.

Zu Kapitel 20 630 - Liegenschaftsvermögen -

Im Kapitel 20 630 werden die Einnahmen und Ausgaben aus der Verwaltung der Liegenschaften der Allgemeinen Finanzverwaltung ausgewiesen.

Zu Kapitel 20 650 - Schuldenverwaltung -

In diesem Kapitel sind die Einnahmen aus der Kreditaufnahme des Landes Brandenburg enthalten. Die Ausgaben für die Schuldentilgung des Landes sind aus dem Kreditfinanzierungsplan ersichtlich.

Zu Kapitel 20 710 Versorgung

Die Höhe der Versorgungsleistungen steht noch nicht fest. Die Ansätze sind vorsorglich ausgebracht und beruhen auf Schätzungen.

Seit 1996 sind hier auch die Erstattungen an den Bund für Sonder- und Zusatzversorgungssysteme veranschlagt.

Personalübersicht 2002 / 2003

Bezeichnung	2001	2002	2003
1 Planmäßige Beamte und Richter	0	0	0
2 Beamtete Hilfskräfte	0	0	0
3 Angestellte	12	11	11
4 Arbeiter	44	29	29
Stellensoll (1-4)	56	40	40
Beamte im Vorbereitungsdienst	0	0	0
Auszubildende	0	0	0
Leerstellen			
Planmäßige Beamte und Richter	0	0	0
Angestellte	0	0	0
Arbeiter	0	0	0
Summe Leerstellen	0	0	0

Haushaltsübersicht 2002

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	4.729.000.000				4.729.000.000	
20020	10.730.900	39.766.100	2.429.845.100	14.952.900	2.495.295.000	205.867.700
20030						
20610		167.530.400			167.530.400	
20630		44.714.200	487.000		45.201.200	1.167.700
20650				421.000.000	421.000.000	
20710		202.000	6.523.900		6.725.900	26.010.200
Summe 2002	4.739.730.900	252.212.700	2.436.856.000	435.952.900	7.864.752.500	233.045.600
Summe 2001	4.647.745.458	59.165.674	1.998.887.940	907.543.090	7.613.342.162	136.704.570
Vgl. zu 2001	+91.985.442	+193.047.026	+437.968.060	-471.590.190	+251.410.338	+96.341.030

Haushaltsübersicht 2002

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
						+4.729.000.000
18.983.100	41.877.300	76.700	1.153.500	-21.088.600	246.869.700	+2.248.425.300
	1.679.191.100		302.230.300		1.981.421.400	-1.981.421.400
185.000	70.044.000		135.488.800		205.717.800	-38.187.400
24.618.400	21.730.000	2.400.000	6.517.500		56.433.600	-11.232.400
779.297.500					779.297.500	-358.297.500
	353.891.700				379.901.900	-373.176.000
823.084.000	2.166.734.100	2.476.700	445.390.100	-21.088.600	3.649.641.900	+4.215.110.600
746.239.858	2.099.440.697		405.572.570	-122.391.005	3.265.566.690	+4.347.775.471
+76.844.142	+67.293.403	+2.476.700	+39.817.530	+101.302.405	+384.075.210	-132.664.871

Haushaltsübersicht 2003

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	4.916.700.000				4.916.700.000	
20020	12.158.300	39.766.100	2.450.845.100	9.952.900	2.512.722.400	301.979.000
20030						
20610		37.251.600			37.251.600	
20630		43.308.700			43.308.700	1.032.100
20650				307.000.000	307.000.000	
20710		202.000	7.226.900		7.428.900	32.120.100
Summe 2003	4.928.858.300	120.528.400	2.458.072.000	316.952.900	7.824.411.600	335.131.200
Summe 2002	4.739.730.900	252.212.700	2.436.856.000	435.952.900	7.864.752.500	233.045.600
Vgl. zu 2002	+189.127.400	-131.684.300	+21.216.000	-119.000.000	-40.340.900	+102.085.600

Haushaltsübersicht 2003

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
						+4.916.700.000
19.217.800	41.941.400	76.700	989.100	-142.869.600	221.334.400	+2.291.388.000
	1.719.470.900		233.072.300		1.952.543.200	-1.952.543.200
185.000	30.000.000		31.862.100		62.047.100	-24.795.500
29.658.300		2.800.000	5.993.600		39.484.000	+3.824.700
803.818.400					803.818.400	-496.818.400
	368.598.100				400.718.200	-393.289.300
852.879.500	2.160.010.400	2.876.700	271.917.100	-142.869.600	3.479.945.300	+4.344.466.300
823.084.000	2.166.734.100	2.476.700	445.390.100	-21.088.600	3.649.641.900	+4.215.110.600
+29.795.500	-6.723.700	+400.000	-173.473.000	-121.781.000	-169.696.600	+129.355.700

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Vorbemerkung:

Die einzelnen Steueransätze für den Haushaltsplan 2002/2003 sind auf der Grundlage der Schätzungen des Bund-Länderarbeitskreises "Steuerschätzung" vom November 2001 ermittelt worden. Die mit dem Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Steuersenkungsgesetz) verbundenen Änderungen der Steuereinnahmen sind berücksichtigt worden. Die gesamten dem Land zustehenden Steuereinnahmen werden veranschlagt für das Haushaltsjahr 2002 mit: 4.729.000.000 EUR
für das Haushaltsjahr 2003 mit: 4.916.700.000 EUR

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

011 10	910 Lohnsteuer (Landesanteil)	832.894.474 911.342.521	875.200.000	900.000.000
--------	-------------------------------	----------------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Das gesamte Lohnsteueraufkommen im Land Brandenburg (einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung) wird geschätzt für 2002: 2.059.000.000 EUR
für 2003: 2.118.000.000 EUR

Davon erhalten der Bund 42,5 v.H. und die Gemeinden 15 v.H.. Dem Land verbleiben 42,5 v.H.
für 2002: 875.200.000 EUR
für 2003: 900.000.000 EUR

012 10	910 Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	-273.541.156 -229.058.324	-208.200.000	-215.000.000
--------	---	------------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Das gesamte Einkommensteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und sonstige Erstattungen) im Land Brandenburg wird geschätzt für 2002: - 489.900.000 EUR
für 2003: - 505.900.000 EUR

Davon entfallen auf den Bund und das Land jeweils 42,5 v.H. und auf die Gemeinden 15 v.H.. Von den zu erwartenden Erstattungen muss das Land ebenfalls 42,5 v.H. übernehmen.

Insgesamt erhält das Land einen Betrag von für 2002: - 208.200.000 EUR
für 2003: - 215.000.000 EUR

013 10	910 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil)	21.474.259 20.755.131	17.500.000	19.000.000
--------	--	--------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag wird geschätzt auf für 2002: 35.000.000 EUR
für 2003: 38.000.000 EUR

Davon erhält das Land die Hälfte, einen Betrag von für 2002: 17.500.000 EUR
für 2003: 19.000.000 EUR

014 10	910 Körperschaftsteuer (Landesanteil)	51.129.188 66.223.480	0	30.000.000
--------	---------------------------------------	--------------------------	---	------------

Erläuterungen:

Das gesamte Körperschaftsteueraufkommen (gekürzt um die ausgezahlten Investitionszulagen) im Land Brandenburg wird (einschl. der Einnahmen aus der KöStZerlegung) geschätzt für 2002: - EUR
für 2003: 60.000.000 EUR

Davon erhält der Bund 50 v.H.; dem Land verbleiben 50 v.H.
für 2002: - EUR
für 2003: 30.000.000 EUR

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

015 10	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)	3.105.075.595 3.096.489.026	3.144.100.000	3.240.400.000
--------	-----	-----------------------------	--------------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Vom Aufkommen der Umsatzsteuern stehen dem Bund vorab 5,63 v.H. des Umsatzsteueraufkommens als Ausgleich für die Belastungen aufgrund eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung zu. Vom verbleibenden Aufkommen der Umsatzsteuer stehen den Gemeinden 2,2 v.H. zu. Vom danach verbleibenden Aufkommen erhalten ab Januar 2002 der Bund 49,6 v.H. und die Länder 50,4 v.H.. In den Umsatzsteueranteilen der Länder ist jeweils ein Anteil von 5,75 von Hundert-Punkten für Umschichtungen zugunsten der Länder zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs enthalten. Die Gemeinden sind an diesen Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer zu beteiligen. Im Jahr 2002 erhalten die Gemeinden aus den Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer einschließlich der Abrechnungen 1999 (-0,1 Mio EUR) und 2000 (+2,7 Mio EUR) rd. 72,4 Mio EUR und für 2003 wird ein Betrag von 72,1 Mio EUR eingeschätzt (veranschlagt bei Kap. 20 030 Titel 613 11).

Der auf das Land Brandenburg entfallende Anteil an der Umsatzsteuer wird geschätzt
für 2002: 3.144.100.000 EUR
für 2003: 3.240.400.000 EUR

016 10	910	Einfuhrumsatzsteuer (Landesanteil)	403.920.586 487.483.642	405.900.000	419.600.000
--------	-----	------------------------------------	----------------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Von dem geschätzten Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer stehen dem Land unter Zugrundelegung eines Landesanteils von 49,75 v.H. zu
für 2002: 405.900.000 EUR
für 2003: 419.600.000 EUR

017 10	910	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)	36.813.015 32.822.998	42.000.000	55.000.000
--------	-----	------------------------------------	--------------------------	------------	------------

018 10	910	Zinsabschlagsteuer	53.685.648 46.129.732	33.900.000	40.000.000
--------	-----	--------------------	--------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Das gesamte Aufkommen aus der Zinsabschlagsteuer (nach Zerlegung) in Brandenburg wird geschätzt
für 2002: 77.045.000 EUR
für 2003: 90.909.000 EUR

Davon erhalten der Bund 44 v.H. und die Gemeinden 12 v.H.. Dem Land verbleiben 44 v.H.
für 2002: 33.900.000 EUR
für 2003: 40.000.000 EUR

019 10 neu	910	Steuerabzug bei Bauleistungen		0	0
---------------	-----	-------------------------------	--	---	---

052 10	910	Erbschaftsteuer	7.158.086 8.692.675	13.000.000	13.700.000
--------	-----	-----------------	------------------------	------------	------------

053 10	910	Grunderwerbsteuer	118.619.716 120.324.168	106.000.000	110.000.000
--------	-----	-------------------	----------------------------	-------------	-------------

054 10	910	Kraftfahrzeugsteuer	225.479.720 205.484.760	237.600.000	241.100.000
--------	-----	---------------------	----------------------------	-------------	-------------

055 10	910	Totalisatorsteuer	766.938 761.013	500.000	500.000
--------	-----	-------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 20 020 Titel 685 10.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
056 10	910	Andere Rennwettsteuern	0 0	0	0
057 10	910	Lotteriesteuer	37.835.599 36.510.404	39.000.000	39.400.000
Erläuterungen: Lotteriesteuern aus - Land Brandenburg Lotto - Nordwestdeutsche Klassenlotterie - Ostdeutscher-Sparkassen-Lotterie-Verein Die im Rahmen des PS-Lotterie-Sparens aufgekomenen Steuereinnahmen beinhalten einen Verwaltungskostenanteil von 5 v.H.. Das restliche Aufkommen wird an die neuen Bundesländer entsprechend der Anzahl der verkauften Lose abgeführt.					
058 10	910	Sportwettsteuer	0 0	0	0
059 10	910	Feuerschutzsteuer	7.158.086 6.815.186	6.500.000	7.000.000
1. Das Steueraufkommen ist vorrangig zur Leistung von Ausgaben bei den Kapiteln 03 710 und 03 750 zu verwenden. Erläuterungen: Die Feuerschutzsteuer wird vorrangig zur Förderung des Feuerlöschwesens und des vorbeugenden Brandschutzes und für Ausgaben und Einrichtungen des Landes auf diesem Gebiet verwendet. Die Ausgaben für den Feuerschutz sind im Einzelplan 03 - Kapitel 03 710 und 03 750 - veranschlagt. Ausgaben auf diesem Gebiet können auch aus der Investitionspauschale im Rahmen des GFG geleistet werden.					
061 10	910	Biersteuer	16.872.632 16.879.824	16.000.000	16.000.000
Erläuterungen: Aufgrund der Wiederanwendung der Bestimmungen des am 02.12.1890 zwischen dem Deutschen Reich und Österreich/Ungarn geschlossenen Vertrages über den Anschluss der österreichischen Gemeinde Mittelberg (Kleines Walsertal) an das Zollsystem des Deutschen Reiches erhält Österreich eine Abrechnung seines Einnahmeanteils an den Zöllen und Verbrauchssteuern. In dem Abgeltungsbetrag ist auch ein Biersteueranteil enthalten, der dem Bund von den Ländern, denen das Biersteueraufkommen nach Art. 106 Abs. 2 Nr. 5 GG zusteht, erstattet werden muss. Der Anteil Brandenburgs beträgt ca. 100 EUR. Die Verrechnung aus diesem Titel erfolgt jährlich gegenüber dem BMF.					
069 10	910	Sonstige Steuern	0 483.687	0	0
Summe HGr. 0:			4.645.342.386	4.729.000.000	4.916.700.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 010 Steuern

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel			4.645.342.386	4.729.000.000	4.916.700.000
Gesamteinnahme			4.645.342.386	4.729.000.000	4.916.700.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			4.645.342.386	4.729.000.000	4.916.700.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Die Einnahmen Brandenburgs aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich bestehen aus der Umsatzsteuerverteilung und den Ausgleichszahlungen der anderen Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzausgleichs (LFA).
Der Bund gewährt ergänzend hierzu Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs.
Gemäß Artikel 2 des Solidarpaktfortführungsgesetzes werden die bisher nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost zur Verfügung stehenden Mittel ab 01. 01. 2002 als Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen gewährt.

Einnahmen

HGr. 0: Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel

093 10	910	Spielbankabgabe und Zusatzleistungen	2.403.072 3.054.753	10.730.900	12.158.300
--------	-----	---	-------------------------------	-------------------	-------------------

1. Siehe Vermerk bei Kapitel 20 020 Titelgruppe 80.

Erläuterungen:

Gemäß Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Brandenburg (Spielbankgesetz - SpielbG) vom 22.05.1996 ist der Spielbankunternehmer verpflichtet, eine Spielbankabgabe und bei Überschreitung bestimmter Grenzen bei den Bruttospielerträgen Zusatzleistungen an das Land zu entrichten. Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 des Spielbankengesetzes. Die Kosten für die Spielbankaufsicht werden beim Kapitel 12 050 nachgewiesen. Im Land Brandenburg wird seit 1998 eine Spielbank in Cottbus und voraussichtlich ab 2002 eine weitere in Potsdam betrieben.

Summe HGr. 0:			2.403.072	10.730.900	12.158.300
---------------	--	--	------------------	-------------------	-------------------

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	011	Sonstige Einnahmen	76.694 38.924	39.000	39.000
--------	-----	---------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Abführungen der Landeshauptkasse von Gutschriften nicht zu ermittelnder Einzahler; ferner Verrechnung von Beträgen aus ehemaligen DDR-Recht Altfällen aus 1990.
2002: Weniger wegen Anpassung an das Ist-Ergebnis 2000.

119 25	910	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0 3.997	0	0
--------	-----	---	-------------------	----------	----------

1. Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung der Kommunalen Investitionspauschale aus Mitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

123 10	856	Gewinnanteile aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie	869.196 531.123	869.000	869.000
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Der Ansatz beruht auf den Ertragserwartungen der Nordwestdeutschen Klassenlotterie.

123 20	856	Einnahmen aus der Konzessionsabgabe Lotto	37.835.599 35.365.762	37.835.000	37.835.000
--------	-----	--	---------------------------------	-------------------	-------------------

1. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 685 59 und zur Verstärkung der Ausgaben bei Kapitel 05 810 Titelgruppe 60, Kapitel 05 050 Titelgruppe 62 sowie Kapitel 02 010 Titel 633 20.

Erläuterungen:

Die Spielarten (Zahlenlotto, Ergebnis- und Auswahlwetten, Spiel 77, Super 6 sowie Rubbellotterie / Brieflose) werden in Form von nichtstaatlichen Lotterien durch die Land Brandenburg Lotto GmbH im eigenen Namen und für eigene Rechnung gegen eine Konzessionsabgabe durchgeführt. Die Konzessionsabgabe beträgt 20 v.H. der Umsätze.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
132 10 neu	061	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		500	500
Erläuterungen: Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen und von sonstigen beweglichen Sachen.					
162 10	872	Zinseinnahmen aus den Geldanlagen der Landeshauptkasse	1.022.584 979.789	1.022.600	1.022.600
1. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 571 10. Erläuterungen: Für die Anlage zeitweilig freier Kassenmittel und für die Zinserträge der laufenden Konten.					
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(119 40)	061	Vermischte Einnahmen aus der Verwaltung Liegenschaften Dritter	0 0		
Summe HGr. 1:			39.804.073	39.766.100	39.766.100
HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
211 10	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes zum Ausgleich von Fehlbeträgen	268.428.238 279.840.262	270.000.000	275.000.000
Erläuterungen: Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisung zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs nach § 11 Abs. 2 Finanzausgleichsgesetz.					
211 11	910	Ergänzungszuweisungen des Bundes für Kosten politischer Führung	83.851.869 83.851.865	83.900.000	83.900.000
Erläuterungen: Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung aufgrund überdurchschnittlicher hoher Kosten politischer Führung und der zentralen Verwaltung gemäß § 11 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz.					
211 12	910	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen	1.014.914.384 1.014.914.345	1.493.483.600	1.493.483.600
Erläuterungen: Hier sind die entsprechend Artikel 33 § 11 Abs. 4 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern) Mittel zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler Finanzkraft (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen) veranschlagt. Gemäß Artikel 2 des Solidarpaktfortführungsgesetzes werden die bisher nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost zur Verfügung stehenden Mittel ab 01. 01. 2002 als Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen gewährt. Aus diesen hier zusätzlich veranschlagten Einnahmen werden - wie bisher im Rahmen des IfG - zweckgebunden 56.242.000 Euro für das Krankenhausinvestitionsprogramm bereitgestellt.					
212 10	910	Zuweisungen von anderen Ländern nach Artikel 107 Abs. 2 des Grundgesetzes	617.640.592 630.086.947	574.000.000	590.000.000
1. Ausgaben können von der Einnahme abgesetzt werden. Erläuterungen: Einnahmen aus dem (horizontalen) Länderfinanzausgleich.					

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

231 10 neu	231	Erstattungen nach dem Bundeskindergeldgesetz	0 -12.644	0	0
---------------	-----	--	--------------	---	---

1. Siehe Vermerk bei Titel 681 10.

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 020 / 241 10	0	-12.644
Zusammen		0	-12.644

Bisher stellte der Bund den Ländern nach Bedarf die Mittel bereit, die sie zur Durchführung des Bundeskindergeldgesetzes benötigten. Seit 1996 erfolgt die Auszahlung durch den Arbeitgeber im Rahmen der Lohn- und Gehaltszahlung oder durch die Familienkasse. Der Ausgleich der vom Arbeitgeber oder der Familienkasse geleisteten Zahlungen wird mit der Abführung der Lohn-/Einkommensteuer vorgenommen. Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Ist-Einnahmen noch beibehalten.

231 11 neu	873	Erstattungen nach Artikel 22 Einigungsvertrag	0 0	0	0
---------------	-----	---	--------	---	---

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 020 / 241 11	0	0
Zusammen		0	0

Nach Artikel 22 Einigungsvertrag i.V.m. § 10 Entschädigungsgesetz ist das Finanzvermögen der ehemaligen DDR, das derzeit vom Bund verwaltet wird, auf den Entschädigungsfonds (50 v.H.), den Bund (25 v.H.) und die neuen Länder (25 v.H.) aufzuteilen. Der Länderanteil soll grundsätzlich nach dem Bevölkerungsschlüssel zum Stand vom 03.10.1991 verteilt werden; die Gemeinden sind angemessen zu beteiligen. Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Ist-Einnahmen beibehalten.

233 10 neu	910	Kommunaler Anteil an der Finanzierung der Altschulden gesellschaftlicher Einrichtungen	7.311.474 7.311.474	7.311.500	7.311.500
---------------	-----	--	------------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 020 / 243 10	7.311.474	7.311.474
Zusammen		7.311.474	7.311.474

Der Ansatz ergibt sich aus dem Altschuldenrefinanzierungsgesetz (Artikel 3 des Haushaltsstrukturgesetzes 1998) vom 22.12.1997.

235 10 neu	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0 0	0	0
---------------	-----	--	--------	---	---

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 020 / 256 10	0	0
Zusammen		0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
235 10

Der Titel dient der haushaltstechnischen Verrechnung der bei allen Einzelplänen eingehenden Mittel von der Bundesanstalt für Arbeit.

261 10 neu	061	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	920.325 1.175.193	1.000.000	1.000.000
---------------	-----	--	----------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 020 / 271 10	920.325	1.175.193
Zusammen		920.325	1.175.193

Veranschlagt sind die Beträge für die Erhebung der Kirchensteuer (3 v.H. des geschätzten Aufkommens 2002/2003) durch die Finanzämter.

298 10	871	Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	0 490.053	150.000	150.000
--------	-----	---	--------------	---------	---------

1. Siehe Vermerk bei Titel 698 10.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen im Kapitel 20 020 bei Titel 698 10.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(241 10)	231	Erstattungen nach dem Bundeskindergeldgesetz	0		
		umgesetzt nach 20 020 / 231 10	0		
(241 11)	873	Erstattungen nach Artikel 22 Einigungsvertrag	0		
		umgesetzt nach 20 020 / 231 11	0		
(243 10)	910	Kommunaler Anteil an der Finanzierung der Altschulden gesellschaftlicher Einrichtungen	0		
		umgesetzt nach 20 020 / 233 10	0		
(256 10)	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	0		
		umgesetzt nach 20 020 / 235 10	0		
(271 10)	061	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	0		
		umgesetzt nach 20 020 / 261 10	0		

Summe HGr. 2:		1.993.066.882	2.429.845.100	2.450.845.100
---------------	--	---------------	---------------	---------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	910	Zuweisungen des Bundes gemäß Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost	475.501.450 443.815.214	14.952.900	9.952.900
--------	-----	---	-----------------------------------	-------------------	------------------

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 2 des Solidarpaktfortführungsgesetzes werden die bisher nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost zur Verfügung stehenden Mittel ab 01. 01. 2002 als Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen gewährt.
Bis Ende 2004 können bisher nicht in Anspruch bzw. abgerufene Mittel im Rahmen der bisherigen Bedingungen eingesetzt werden.

359 10	950	Entnahmen aus Rücklagen	0 2.875.984	0	0
--------	-----	--------------------------------	-----------------------	----------	----------

359 11 neu	011	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget		0	0
---------------	-----	---	--	----------	----------

Die Einnahmen fließen den Ausgaben der Hauptgruppe 4 zu. Bei negativen Einnahmen sind die Ausgaben der Hauptgruppe 4 in gleicher Höhe gesperrt; die Sperre kann auch bei anderen Hauptgruppen erwirtschaftet werden.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(331 12)	871	Zuweisungen des Bundes für Bau-Leistungen Modernisierung Dortustraße 30-34 (Bundesrechnungshof)	0 0		
----------	-----	--	---------------	--	--

Summe HGr. 3:			475.501.450	14.952.900	9.952.900
----------------------	--	--	--------------------	-------------------	------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 99 - Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

1. Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen, der Entwicklung von Kosten und Leistungsrechnung sowie für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge.

119 99 neu	011 Vermischte Einnahmen		0	0
359 99	950 Entnahme aus der Rücklage	0 33.923	0	0

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

441 20	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	26.075.886 29.128.989	30.166.300	30.677.600
--------	-----	---	--------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Beihilfen in Krankheitsfällen für Beamte. Die Beihilfen für Versorgungsempfänger sind bei Kap. 20 710 Titel 446 10 veranschlagt.

2002: Mehr wegen jährlichem Zuwachs durch Abgänger aus der Anwärterausbildung (Polizei), die von der Heilfürsorge in die Beihilfe wechseln und aufgrund höherer Heilkosten sowie veränderter Altersstruktur.

443 10 neu	061	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen		1.400	1.400
---------------	-----	--	--	-------	-------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1.	20 020 / 443 30	1.432	1.398
Zusammen		1.432	1.398

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

443 20	940	Fürsorgeleistungen im Bereich der Landesregierung	33.234 0	0	0
--------	-----	---	-------------	---	---

Erläuterungen:

2002: Weniger wegen Anpassung an das Ist-Ergebnis 2000.

461 20	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	94.609.450 0	175.700.000	271.300.000
--------	-----	--	-----------------	-------------	-------------

1. Ausgaben für das Personalbudget der Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden.
2. Bei Besoldungserhöhungsgesetzen ist der Finanzminister ermächtigt, bereits vor Verabschiedung des Gesetzes entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten.

Erläuterungen:

Der Titel ist zur Deckung von Personalmehrausgaben bestimmt, die aufgrund von Besoldungs- und Tariferhöhungen oder aus anderen unabwiesbaren Gründen in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 entstehen und bei der Festsetzung der Personalausgaben in den einzelnen Kapiteln und Titeln des Landeshaushalts nicht berücksichtigt werden konnten.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(443 30)	254	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	1.432 1.398		
----------	-----	--	----------------	--	--

Summe HGr. 4:			120.720.001	205.867.700	301.979.000
---------------	--	--	-------------	-------------	-------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	255.646 229.477	229.500	358.000
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

1. Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Druckstücke über die Einnahmen und Ausgaben des Landes an Dritte unentgeltlich abgegeben werden.

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1	Geschäftsbedarf	229.500	358.000
2	Bücher, Zeitschriften	0	0
3	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0
4	Sonstiges	0	0
	Summe	229.500	358.000

2003: Mehr wegen Druck des Doppelhaushalts 2004/ 2005.

511 20 neu	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren		84.400	84.400
---------------	-----	---	--	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1	Postgebühren	0	0
2	Mobilfunkanschlüsse	0	0
3	Sonstiges	84.400	84.400
	Summe	84.400	84.400

2002: Mehr durch Kostenübernahme in Folge der Umwandlung des LDS in einen Landesbetrieb.

526 10	011	Ausgaben für Haushalts- und finanzpolitische Gutachten sowie für Gutachten im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Bund/Länder Finanzbeziehungen	460.163 60.348	300.000	300.000
--------	-----	---	--------------------------	----------------	----------------

1. Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, entsprechend dem Bedarf Mittel zur Bewirtschaftung ressortübergreifend zuzuweisen.
2. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 632 10.

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Erstellung externer Gutachten.
Weniger wegen geringerem Bedarf.

542 00	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch	2.300.813 2.163.165	0	0
--------	-----	--	-------------------------------	----------	----------

Die Deckung der Ausgaben erfolgt gemäß der Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 zulasten der Titel 542 10 in den Einzelplänen 01, 02, 03, 04, 05, 06, 07, 08, 10, 11, 12, 13, 14 und 20.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
542 00

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Da das Land als ein Arbeitgeber gilt (§ 77 Abs. 8 SGB IX), können Überbesetzungen mit Unterbesetzungen ressortübergreifend ausgeglichen werden.

546 10	910	Sonstiges	68.820 47.639	47.000	47.000
--------	-----	-----------	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten sowie uneinbringliche Auslagen im Zusammenhang mit Vollstreckungsersuchen entsprechend Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG) für das Land Brandenburg an die Landkreise und kreisfreien Städte. 2002: Weniger wegen Anpassung an das Ist 2000.

546 25	910	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV-IfG sind dem Bund die Zinseinnahmen aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung der Kommunalen Investitionspauschale aus Mitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) zu erstatten.

547 59	960	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Verwendung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe für zweckbestimmte ressortübergreifende Vorhaben	0 27.058	0	0
--------	-----	---	-------------	---	---

1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 59 geleistet werden.

571 10	920	Zinsen für Kassenkredite	15.338.756 12.409.293	15.338.800	15.338.800
--------	-----	--------------------------	--------------------------	------------	------------

1. Haushaltsüberschreitungen infolge verstärkt notwendig werdender Aufnahmen von Kassenkrediten zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen sind von den Vorschriften über die Vorlage von Nachtragshaushaltsplänen (§ 37 Abs. 1 LHO i.V. mit § 2 Abs. 7 Haushaltsgesetz) ausgenommen.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 162 10 geleistet werden.
3. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 20 650, Titel 575 10.

Erläuterungen:

Die Mittel sind bestimmt zur Deckung der Ausgaben für die Zinsbelastung der zeitweilig zur Sicherung der Liquidität notwendigen kurzfristigen Kassenverstärkungskredite.

Aus Titelgruppen	860.146	2.983.400	3.089.600
------------------	---------	-----------	-----------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(529 10)	011	Verfüugungsmittel	0 0		
(538 30)	012	Aufträge an Dritte für Rechner- und Programmierleistungen	0 0		
(549 10)	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	0 0		

Summe HGr. 5:	19.284.345	18.983.100	19.217.800
---------------	------------	------------	------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10 neu	960	Erstattungen nach dem Finanzbereinigungsgesetz -DDR an den Bund	0 183.180	0	0
---------------	-----	---	--------------	---	---

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 20 020 / 641 10	0	183.180
Zusammen	0	183.180

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Ist-Ausgaben noch beibehalten.

631 11 neu	061	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund (BvS)		0	0
---------------	-----	--	--	---	---

Erläuterungen:

Im Vorjahr bei Titelgruppe 60 veranschlagt.

Zur Abrechnung der Verwaltungsvereinbarung über die Verwaltung Liegenschaften Dritter und Schlussrechnung nach Entlastung durch die BvS.

631 12 neu	910	Erstattungen an Bund für Zins- und Tilgungsleistungen für kommunale Altschulden		17.862.600	17.862.600
---------------	-----	---	--	------------	------------

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 2 des Solidarpaktfortführungsgesetzes werden die bisher nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost zur Verfügung stehenden Mittel ab 01. 01. 2002 als Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen gewährt.

Im Rahmen des Solidarpaktfortführungsgesetzes ist auch eine veränderte Veranschlagung der an den Bund zu leistenden Ausgaben gemäß Altschuldengesetz vorzunehmen. Bis einschließlich 2001 wurden diese Mittel - im Einvernehmen mit dem Bund - über den Einnahmetitel für ehemals IfG verrechnet.

Nunmehr sind die Erstattungsleistungen bis zum 31. Januar des jeweiligen Jahres direkt an den Bund zu zahlen.

632 10	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	0 14.963	0	0
--------	-----	--	-------------	---	---

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 526 10.

636 10 neu	223	Leistungen an Unfallversicherungsträger	17.383.924 14.968.368	15.500.000	15.350.000
---------------	-----	---	--------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 20 020 / 646 10	20.042.642	14.968.368
Zusammen	20.042.642	14.968.368

Für die gesetzlich unfallversicherten Beschäftigten des Landes sind seit 01.01.1998 Beiträge an die Unfallkasse Brandenburg zu zahlen.

20002. Weniger wegen Anpassung an die Ist-Ausgaben 2000.

681 10	231	Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz	0 -12.644	0	0
--------	-----	--	--------------	---	---

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 231 10 erhöhen oder vermindern die Mittel dieses Titels.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
681 10

Erläuterungen:

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Ist-Ausgaben noch beibehalten.

684 10 neu	153	Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern in der kommunalen Selbstverwaltung	1.058.374 965.468	1.000.000	1.000.000
---------------	-----	---	-----------------------------	------------------	------------------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Im Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1.	05 060 / 684 10	529.187	477.413
2.	05 060 / 684 50	529.187	488.055
Zusammen		1.058.374	965.468

1. Zuschüsse für laufende Zwecke der laufenden politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen

Veranschlagt sind Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der den Parteien nahestehenden Stiftungen im Land Brandenburg. Die Zuschüsse können Stiftungen, die Parteien nahestehen, welche nach dem endgültigen Ergebnis der letzten Landtagswahl mindestens 5 von Hundert der im Land Brandenburg abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben, als Förderung gewährt werden. Der Anteil am Gesamtbetrag bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis der bei der letzten Landtagswahl im Land Brandenburg für die ihr nahestehende Partei abgegebenen gültigen Erststimmen und Zweitstimmen. Erreicht eine Partei, deren parteinahe Stiftung bereits gefördert wird, nicht die erforderliche Stimmenzahl, so kann die entsprechende parteinahe Stiftung für die Dauer einer Wahlperiode den auf die Zweitstimmen entfallenden Anteil erhalten. Erreicht die Partei auch bei der darauffolgenden Wahl nicht die erforderliche Stimmenzahl, scheidet die parteinahe Stiftung aus der Finanzierung aus.

2002 EUR	2003 EUR
500.000	500.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
684 10

2002
EUR **2003**
EUR

2. Zuschüsse an die den Parteien nahestehenden kommunalpolitischen Vereinigungen zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung 500.000 500.000

Veranschlagt sind Zuschüsse zur Heran- und Weiterbildung von Bürgern für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Mittel werden auf kommunalpolitische Vereinigungen verteilt, die Parteien nahestehen, welche nach dem entgeltigen Ergebnis der letzten Landtagswahl mindestens 5 von Hundert der im Lande Brandenburg abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Der Anteil jeder zu berücksichtigenden kommunalpolitischen Vereinigung an dem Gesamtbetrag bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis der bei der letzten Landtagswahl im Land Brandenburg für die ihr nahestehende Partei abgegeben gültigen Erststimmen und Zweitstimmen. Erreicht eine Partei, deren ihr nahestehende kommunalpolitische Vereinigung bereits gefördert wird, nicht die erforderliche Stimmenzahl, so erhält die entsprechende kommunalpolitische Vereinigung für die Dauer einer Wahlperiode den auf die Zweitstimmen entfallenden Anteil. Erreicht die Partei auch bei der darauffolgenden Wahl nicht die erforderliche Stimmenzahl, scheidet die entsprechende kommunalpolitische Vereinigung aus der Finanzierung aus. Die parteienrechtliche Selbstständigkeit einer Organisation besteht nur dann, wenn sie die Voraussetzung erfüllt, die in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 14. Juli 1986 – 2 BvE 5/83 – aufgestellt worden sind. Dies ist in geeigneter Form nachzuweisen.

Die Verwendung der Mittel wird durch den Landesrechnungshof geprüft.

Die einzelplanmäßige Zuordnung des Ausgabetitels wird nach Ablauf des Doppelhaushaltes 2002/2003 unter den Gesichtspunkt der Verwaltungsoptimierung (erneut) auf den Prüfstand gestellt.

Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt durch das Ministerium des Innern.

685 10 549 Anteile der Rennvereine an der Totalisatorsteuer **736.260** **480.000** **480.000**
730.572

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kapitel 20 010, Titel 055 10 erhöhen oder vermindern zu 96 v.H. die Mittel dieses Titels.

Erläuterungen:

Nach § 16 RennWLoTTG erhalten Rennvereine, die einen Totalisator betreiben, bis zu 96 v.H. des Totalisatorsteueraufkommens für Zwecke der öffentlichen Leistungsprüfung für Pferde. Das Ministerium für Landwirtschaft Umweltschutz und Raumordnung und das Ministerium der Finanzen setzen die Anteile der Rennvereine fest.

685 59 960 Verteilung von Einnahmen aus der Lotto-Konzessionsabgabe **5.675.340** **5.425.000** **5.425.000**
12.416.323

1. Die Ausgaben dürfen nur in Höhe von 5.425.000 EUR der bei Kapitel 20 020 Titel 123 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

2. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 547 59.

3. Die Ausgaben sind übertragbar.

4. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
685 59

Erläuterungen:

Einzelplan	Ministerium	Quote v.H.
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	6,67
03	Ministerium des Innern	6,00
04	Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten	6,00
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport*	16,00
	Bereich Bildung und Jugend	
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	16,00
07	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen	16,00
08	Ministerium für Wirtschaft	6,00
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung	16,00
11	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	6,00
12	Ministerium der Finanzen	5,33
Insgesamt		100,00

* nachrichtlich:

05 25 v. H. der bei Titel 123 20 Kapitel 20 020 aufkommenden Einnahmen werden bei Ministerium für Bildung, Jugend und Sport - Geschäftsbereich Sport (§ 8 Sportförderungsgesetz) in Kapitel 05 810 Titelgruppe 60 veranschlagt

698 10	871 Verwendung der Einnahmen aus Erbschaften des Fiskus	0	0	0
		80.833		

1. Die Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 298 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Aus Titelgruppen	1.434.174	1.609.700	1.823.800
-------------------------	------------------	------------------	------------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(641 10)	960 Erstattungen nach dem Finanzbereinigungsgesetz -DDR an den Bund	0	0	
	umgesetzt nach 20 020 / 631 10	0		

(646 10)	223 Leistungen an Unfallversicherungsträger	0	0	
	umgesetzt nach 20 020 / 636 10	0		

Summe HGr. 6:	26.288.072	41.877.300	41.941.400
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

971 10	988 Globale Mehrausgaben zur Verstärkung von Ausgaben für das Oderprogramm	0	0	0
		0		

Erläuterungen:

Ab dem Haushaltsjahr 2000 erfolgt die Veranschlagung für diesen Titel in den Einzelplänen 10 und 11. Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung von Rechnungsbeträgen noch beibehalten.

972 10	989 Globale Minderausgaben	-122.646.651	-22.135.000	-143.934.000
		0		

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
972 10

Erläuterungen:

Von den Globalen Minderausgaben im Haushaltsjahr 2002 sind 10,0 Mio Euro bei der Obergruppe 51-54, insbesondere bei den Ausgaben für Gutachten und Öffentlichkeitsarbeit zu erwirtschaften. Ebenso sind weitere 10,0 Mio Euro bei der Obergruppe 68 einzusparen. Für das Jahr 2003 gelten diese Summen als Mindestbeträge. Im Übrigen können die Globalen Minderausgaben auch bei den anderen Ausgaben erwirtschaftet werden. Die Einzelpläne 01, 13 und 14 sind von der Regelung ausgenommen.

Die übrigen eingestellten Globalen Minderausgaben für die Haushaltsjahre 2002/ 2003 sind mit Ausnahme des Kapitels 20 030 (Steuerverbund und sonstige Leistungen an die Kommunen) aus dem Gesamthaushalt zu erwirtschaften.

Aus Titelgruppen	255.646	1.046.400	1.064.400
-------------------------	----------------	------------------	------------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(971 20)	988	Zur Verstärkung von Personalausgaben in den Hauptgruppen 5 bis 9	0	0
----------	-----	--	---	---

Summe HGr. 9:	-122.391.005	-21.088.600	-142.869.600
---------------	--------------	-------------	--------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Ausgaben für die Verwaltung Liegenschaften Dritter

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(425 60)	061	Bezüge der Angestellten in den Grundstücks- und Vermögensämtern	0	0	
(426 60)	061	Bezüge der Arbeiter in den Grundstücks- und Vermögensämtern	0	0	
(427 60)	061	Beschäftigungsentgelte für Aushilfen	0	-51	
(511 60)	061	Geschäftsbedarf und Kommunikation	0	0	
(512 60)	061	Bücher und Zeitschriften umgesetzt nach 20 020 / 511 60	0	0	
(513 60)	061	Post- und Fernmeldegebühren umgesetzt nach 20 020 / 511 60	0	0	
(514 60)	061	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	0	0	
(515 60)	061	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke umgesetzt nach 20 020 / 511 60	0	0	
(517 60)	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	0	
(519 60)	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0	0	
(525 60)	061	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	0	0	
(526 60)	061	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	
(527 60)	061	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	
(546 60)	061	Sonstige Verwaltungsausgaben	0	0	
(682 60)	910	Zuweisungen an die Treuhandanstalt	0	0	
(711 60)	061	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	0	

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

(812 60) 061 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und
Ausrüstungsgegenständen

0
0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60

0 0 0

TGr. 61 - Ausgaben an Dritte für Rechner- und Programmierleistungen

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(538 61) 012 Kosten für Fremdleistungen bei der Neuentwicklung des
Bezügeverfahrens

511.292
300.136

(632 61) 012 Kostenerstattung für Rechner- und Programmierleistungen an
das Land Nordrhein - Westfalen

1.073.713
1.094.749

Nachrichtlich: Summe TGr. 61

1.585.005 0 0

TGr. 70 - Maßnahmen zur Energieeinsparung in der Landesverwaltung

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Titelgruppe beinhaltet die Maßnahmen der Energieberatung und Schulung (Ressortübergreifend), Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Energiesparmaßnahmen) und den dafür erforderlichen Erwerb von Maschinen und Geräten.

517 70 012 Flächenerfassung der verwaltungseigenen Gebäude und
neu baulichen Anlagen

204.500 204.500

526 70 012 Kosten für Maßnahmen der Energieberatung und Schulung
einschl. DWD-Klimadaten

0 15.300 15.300
0

711 70 012 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten

0 76.700 76.700
169.018

812 70 012 Erwerb von Maschinen und Geräten

0 10.300 10.300
17.930

Nachrichtlich: Summe TGr. 70

0 306.800 306.800

TGr. 80 - Verwendung der Spielbankabgabe und der Zusatzleistungen

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Kapitel 20 020 Titel 093 10 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Von dem Aufkommen der Spielbankabgabe erhalten die Gemeinden einen angemessenen Anteil gem. § 4 Abs. 7 Spielbankgesetz.
Die Kosten der Spielbankaufsicht werden dem Einzelplan 12 erstattet.

633 80 910 Zuweisungen an die Spielbankgemeinden
neu

360.461 1.609.700 1.823.800
450.091

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
633 80

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 20 020 / 653 80	360.461	450.091
Zusammen	360.461	450.091

981 80	910 Erstattung von Kosten der Spielbankenaufsicht	255.646 196.824	1.046.400	1.064.400
--------	---	--------------------	-----------	-----------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(653 80)	910 Zuweisungen an die Spielbankgemeinden	0
	umgesetzt nach 20 020 / 633 80	0
(919 80)	910 Zuführungen an den Spielbankenfonds (Sondervermögen)	0 2.875.984

Nachrichtlich: Summe TGr. 80	616.107	2.656.100	2.888.200
-------------------------------------	----------------	------------------	------------------

TGr. 99 - Kosten der Datenverarbeitung (Informationstechnik)

1. Einnahmen bei Titel 119 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.
2. Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Haushaltsmitteln für ressortübergreifende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, Weiterentwicklung und Pflege der Mittelbewirtschaftung/Kassenwesen, der Entwicklung von Kosten und Leistungsrechnung sowie für die Neuentwicklung des Bezügeverfahrens und die Zahlbarmachung der Bezüge.

511 99 neu	011 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	211.828 214.309	366.800	472.900
---------------	---	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 20 020 / 515 99	211.828	214.309
Zusammen	211.828	214.309

	2002 EUR	2003 EUR
1. Hardware	0	0
2. Software	0	0
3. Unterhaltung	366.800	472.900
4. Kommunikation	0	0
5. Sonstiges	0	0
Summe	366.800	472.900

2002: Mehr wegen erhöhtem Bedarf für Wartung und Pflege der eingesetzten landesweiten Anwendungssoftware.
2003: Mehr wegen erhöhtem Bedarf für Wartung und Pflege der eingesetzten landesweiten Anwendungssoftware.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

525 99	061	Aus- (und Fort)bildung	15.850 0	25.200	25.300
--------	-----	------------------------	-------------	--------	--------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	25.200	25.300
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
	Summe	25.200	25.300

Bei Teilnahme von Bediensteten anderer Ressorts werden die Kosten anteilig umgelegt.

2002: Mehr wegen erhöhtem Schulungsbedarf für das Haushaltsaufstellungsverfahren.

538 99	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	121.176 73.822	2.371.600	2.371.600
--------	-----	--	-------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Haushaltsaufstellungsverfahren	38.400	38.400
2.	Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	38.400	38.400
3.	Dienstleistung LDS (Zentralisierung)	894.800	894.800
4.	Zahlbarmachung der Bezüge	1.000.000	1.000.000
5.	Neuentwicklung des Bezügeverfahrens	400.000	400.000
	Summe	2.371.600	2.371.600

2002: Mehr wegen Zentralisierung der Mittelbewirtschaftung im LDS und Umsetzung aus Kapitel 20 020 Titel 538 61 und Titel 632 61.

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	204.517 1.503.418	1.143.200	978.800
--------	-----	--	----------------------	-----------	---------

Erläuterungen:

2002: Mehr wegen erforderlicher Einführung der P3-Linie, der elektronischen Unterschrift sowie der Beschaffung der Kosten- und Leistungsrechnung.

2003: Weniger wegen Beendigung der Maßnahmen P3-Linie und Kosten- und Leistungsrechnung.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
812 99

			2002 EUR	2003 EUR
1.1	Erstbeschaffungen Kosten- und Leistungsrechnung			
1.1.1	Hardware		226.600	50.000
1.1.2	Software		373.400	480.000
1.1.3	Kommunikation		0	0
	<i>Summe zu 1.1</i>		<i>600.000</i>	<i>530.000</i>
1.2	Erstbeschaffungen elektronische Unterschrift			
1.2.1	Hardware		76.700	76.700
1.2.2	Software		0	0
1.2.3	Kommunikation		0	0
	<i>Summe zu 1.2</i>		<i>76.700</i>	<i>76.700</i>
1.3	Erstbeschaffungen Haushaltsinformationssystem			
1.3.1	Hardware		0	0
1.3.2	Software		0	255.700
1.3.3	Kommunikation		0	0
	<i>Summe zu 1.3</i>		<i>0</i>	<i>255.700</i>
2.1	Ersatzbeschaffungen Netz Landeshauptkasse			
2.1.1	Hardware		51.200	0
2.1.2	Software		0	0
2.1.3	Kommunikation		0	0
	<i>Summe zu 2.1</i>		<i>51.200</i>	<i>0</i>
2.2	Ersatzbeschaffungen Software P3-Linie			
2.2.1	Hardware		0	0
2.2.2	Software		375.300	0
2.2.3	Kommunikation		0	0
	<i>Summe zu 2.2</i>		<i>375.300</i>	<i>0</i>
2.3	Ersatzbeschaffungen Personalcomputer Landeshauptkasse und Außenstellen			
2.3.1	Hardware		0	102.300
2.3.2	Software		0	14.100
2.3.3	Kommunikation		0	0
	<i>Summe zu 2.3</i>		<i>0</i>	<i>116.400</i>
2.4	Ersatzbeschaffungen elektronischer Schalter			
2.4.1	Hardware		0	0
2.4.2	Software		25.600	0
2.4.3	Kommunikation		0	0
	<i>Summe zu 2.4</i>		<i>25.600</i>	<i>0</i>
2.5	Ersatzbeschaffungen HAVWin			
2.5.1	Hardware		10.300	0
2.5.2	Software		4.100	0
2.5.3	Kommunikation		0	0
	<i>Summe zu 2.5</i>		<i>14.400</i>	<i>0</i>
3.	Sonstiges			
3.1	Sonstiges		0	0
	<i>Summe zu 3.</i>		<i>0</i>	<i>0</i>
Zusammen			1.143.200	978.800

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0	0
			0		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(515 99)	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	0		
		umgesetzt nach 20 020 / 511 99	0		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	553.371	3.906.800	3.848.600
-------------------------------------	---------	-----------	-----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	2.754.483	6.869.700	7.043.600
---	-----------	-----------	-----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
		Abschluss			
		Einnahmen			
		HGr. 0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	2.403.072	10.730.900	12.158.300
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	39.804.073	39.766.100	39.766.100
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.993.066.882	2.429.845.100	2.450.845.100
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	475.501.450	14.952.900	9.952.900
Gesamteinnahme			2.510.775.477	2.495.295.000	2.512.722.400
		Ausgaben			
		HGr. 4 Personalausgaben	120.720.001	205.867.700	301.979.000
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	19.284.345	18.983.100	19.217.800
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	26.288.072	41.877.300	41.941.400
		HGr. 7 Baumaßnahmen	0	76.700	76.700
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	204.517	1.153.500	989.100
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	-122.391.005	-21.088.600	-142.869.600
Gesamtausgabe			44.105.930	246.869.700	221.334.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			2.466.669.547	2.248.425.300	2.291.388.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Das Aufkommen der Einkommen- und Lohnsteuer sowie der Zinsabschlagsteuer in Brandenburg wurde auf der Grundlage des Bund-Länderarbeitskreises "Steuerschätzungen" für das Jahr 2002 auf 1.646.222.000 EUR und für das Jahr 2003 auf 1.702.674.000 EUR geschätzt. Davon erhalten die Kommunen des Landes Brandenburg direkt einen hier nur nachrichtlich erwähnten Anteil von 15 v.H bzw. 12 v.H. Dieser Gemeindeanteil beträgt voraussichtlich für das Jahr 2002 244.622.000 EUR (-11.953.600 EUR gegenüber dem Ansatz des Vorjahres) und für das Jahr 2003 252.674.000 EUR (+8.052.000 EUR gegenüber dem Ansatz des Vorjahres).

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	234	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			234.700		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückflüssen aus den Erstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und nach § 108 Bundessozialhilfegesetz. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(111 10)	061	Gebühren, sonstige Entgelte	0		
			-1.053		

Summe HGr. 1:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10 neu	234	Erstattungen des Bundes für Kriegsflüchtlinge	0	0	0
			191.607		

1. Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 633 11.

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 030 / 241 10	0	191.607
Zusammen		0	191.607

Der Bund beteiligt sich mit 50 v.H. an den Kosten für Kriegsflüchtlinge, insbesondere aus Bosnien - Herzegowina, die den Kreisen und kreisfreien Städten vom Land zunächst in voller Höhe erstattet werden. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet. Weniger wegen Auslaufen der Erstattungen des Bundes.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(241 10)	234	Erstattungen des Bundes für Kriegsflüchtlinge	0		
		umgesetzt nach 20 030 / 231 10	0		

Summe HGr. 2:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

20 **Allgemeine Finanzverwaltung**
20 030 **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 11	910	Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und kreisfreie Städte	913.934.238 879.409.757	917.671.000	945.426.000
--------	-----	--	-----------------------------------	--------------------	--------------------

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.
3. Vom Ansatz gehören 72.430.000 EUR (2002) bzw. 72.100.000 EUR (2003) nicht zum Steuerverbund.
4. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2002/2003. Vom Ansatz wird ein Betrag von 39.710.000 EUR (2002) bzw. 41.102.000 EUR (2003) für Vorwegschlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte bereit gestellt.

613 12	910	Schlüsselzuweisungen an Kreise	298.492.200 286.313.798	299.164.000	308.535.000
--------	-----	---------------------------------------	-----------------------------------	--------------------	--------------------

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nicht veranschlagte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Erläuterungen:

Die Höhe und Verteilung der Mittel richten sich nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2002/2003.

613 14	910	Ausgleichsfonds	45.721.254 38.568.046	45.416.100	49.416.100
--------	-----	------------------------	---------------------------------	-------------------	-------------------

1. Zuflüsse aus den Titeln 613 11, 613 12, 613 15 und 613 19 verstärken den Ansatz.
2. Vom Ansatz 2002 bzw. 2003 gehören jeweils 6.887.100 EUR nicht zum Steuerverbund.
3. Die Ausgaben sind übertragbar.
4. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	38.346.900	22.650.200
davon fällig:		
2003 bis zu	5.112.900	
2004 bis zu	5.112.900	1.942.900
2005 bis zu	6.646.800	2.096.300
2006 ff bis zu	21.474.300	18.611.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	9.372.800	7.158.086			16.530.886
2003	7.370.800	7.158.086	5.112.900		19.641.786
2004	5.428.100	7.158.086	5.112.900	1.942.900	19.641.986
2005	4.775.000	6.135.503	6.646.800	2.096.300	19.653.603
2006 ff.	11.038.100	7.669.378	21.474.300	18.611.000	58.792.778
Summen	37.984.800	35.279.139	38.346.900	22.650.200	134.261.039

20 **Allgemeine Finanzverwaltung**
20 030 **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu

Erläuterungen:

Der Einsatz der Mittel erfolgt nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2002/2003. Vom Ansatz werden bis zu 17.669.000 EUR (2002) bzw. 14.669.000 EUR (2003) für eine Verwendung im Rahmen der RL des MLUR vom 25.01.2001 über die Unterstützung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung bei der wirtschaftlichen Stabilisierung und zur Zusammenarbeit von Aufgabenträgern (Schuldenmanagementfonds) zur Verfügung gestellt.

613 15	910 Schullastenausgleich	115.040.673 115.039.671	110.041.000	108.041.000
---------------	---------------------------------	-----------------------------------	--------------------	--------------------

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.
3. Vom Ansatz 2002 bzw. 2003 gehören jeweils 1.000.000 EUR nicht zum Steuerverbund.
4. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der anteiligen Finanzierung von Schulkosten nach Maßgabe der Festlegungen im Gemeindefinanzierungsgesetz 2002/2003. Die zweckbestimmte Aufteilung des Ansatzes 2002 bzw. 2003 ist gemäß § 15 Abs. 2-6 GFG 2002/2003 vorzunehmen.

613 16	910 Kostenerstattung für übertragene Aufgaben	36.992.019 36.978.276	40.508.800	39.328.400
---------------	--	---------------------------------	-------------------	-------------------

1. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Mittel werden nach den Festlegungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002/2003 eingesetzt. Von dem Gesamtansatz entfallen auf die Kostenerstattung nach

	2002 EUR	2003 EUR
- Art. 5 des Ersten Funktionalreformgesetzes	28.441.000	27.941.000
- dem Gesetz zur Ausführung des BSHG i. d. F. der Bekanntmachung vom 26.7.2000	4.190.000	4.260.000
- dem Brandenburgischen Wassergesetz	4.068.800	4.068.800
- der Verordnung über die Zuständigkeiten zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren	196.200	196.200
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten der Landkreise und kreisfreien Städte zur Durchführung von Landesprogrammen zur Förderung von landwirtschaftlichen Maßnahmen	196.400	196.400
- der Verordnung über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Futtermittelrechts, dem Verfütterungsverbotsgesetz sowie der Verordnung (EG) Nr. 820/97 des Rates zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern	475.900	475.900
- der Verordnung über die Zuständigkeiten im Ausländer-und Asylverfahrensrecht	381.100	397.600
- der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz	45.000	45.000
- Art. 1 bis Art. 4 des Dritten Funktionalreformgesetzes	1.248.600	1.248.600
- der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Düngemittelrechts	207.000	207.000
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Abfallrechts	291.900	291.900
- der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeit für die Ausführung des Gesetzes zur Gewährung eines einmaligen Heizkostenzuschusses	766.900	
Summe	40.508.800	39.328.400

Die Mittel werden von dem jeweils zuständigen Ressort bewirtschaftet.

Aus den für das Gesetz zur Ausführung des BSHG veranschlagten Mitteln dürfen auch Kosten nach § 8 Landespflegegesetz erstattet werden.

20 **Allgemeine Finanzverwaltung**
20 030 **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

613 17	910	Theaterpauschale	11.119.065	13.119.100	13.119.100
			11.119.064		

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
Die Mittel werden wie folgt aufgeteilt:		
Stadtverwaltung Brandenburg	1.583.700	1.425.200
Stadtverwaltung Potsdam	3.034.100	3.034.100
Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)	1.870.700	1.911.600
Zweckverband Neue Bühne Senftenberg	1.022.600	1.022.600
Stadtverwaltung Schwedt	1.109.800	1.109.800
Stadtverwaltung Cottbus	3.784.200	3.901.800
Landkreis OPR	255.600	255.600
Landkreis Uckermark	127.800	127.800
Landkreis Barnim	255.600	255.600
Kommunen mit Spielstätten ohne eigenes Ensemble	75.000	75.000
Summe	13.119.100	13.119.100

Die Mittelbewirtschaftung obliegt dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

613 19	910	Zuweisungen als Ausgleich für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben	160.545.651	154.921.000	157.988.000
			160.534.632		

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Nicht verausgabte Beträge fließen den Ausgaben bei Titel 613 14 zu.

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002/2003 eingesetzt.

623 10	910	Hilfen an Kommunen und Zweckverbände für Altfinanzierungsprobleme im Abwasserbereich	3.637.330	3.637.300	3.637.300
			3.637.156		

1. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Mittel für Liquiditätshilfen über Darlehensgewährung der ILB für die kommunalen Aufgabenträger der Abwasserentsorgung entsprechend der Richtlinie des MI vom 01.08.1997 über die Gewährung von Finanzhilfen zur Kostenentlastung von Aufgabenträgern der Abwasserentsorgung (Liquiditätshilfefonds-LHF). Die Leistungen der ILB werden mit 1 v. H. der Fördersumme vergütet. Die Mittel werden vom Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung bewirtschaftet.

632 10	910	Erstattung von Verwaltungskosten an das Land Mecklenburg-Vorpommern (für Regelung offener Vermögensfragen)	0	0	0
			0		

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

633 10	910	Erstattung von Verwaltungskosten an die Landkreise und kreisfreien Städte (für Regelung offener Vermögensfragen)	25.104.431 23.409.288	21.000.000	19.000.000
--------	-----	---	--------------------------	------------	------------

1. Von den veranschlagten Ausgaben sind 560.000 EUR zweckgebunden für die Wartung und Pflege des DV-Fachverfahrens der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen vorgesehen. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet.
2. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen für verauslagte Sachkosten auf die Ausgaben angerechnet werden.
3. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) werden die Aufgaben der unteren Landesbehörden den Landkreisen und kreisfreien Städten übertragen. Das Land erstattet die personellen und sächlichen Verwaltungskosten nach Maßgabe des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002/2003. Wegen der fortschreitenden Erledigung der offenen Vermögensfragen wird die Personalausstattung der Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen ab 1998 zurückgeführt. Siehe auch Kapitel 12 080 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen.

2002/2003: Weniger wegen Rückführung der Personalausstattung in den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen.

633 11 neu	234	Erstattung von Unterbringungs- und Sozialleistungskosten und für Gesundheitsuntersuchungen für ausländische Flüchtlinge, Aussiedler und Personen nach § 108 BSHG an die Landkreise und kreisfreien Städte	63.758.098 61.104.467	59.374.000	61.391.200
---------------	-----	--	--------------------------	------------	------------

1. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 030 / 643 10	63.758.098	0
Zusammen		63.758.098	0

Die Mittel dienen der Erstattung der Kosten nach § 6 Landesaufnahmegesetz in Verbindung mit der Erstattungsverordnung vom 29.01.1999 (GVBl. II S. 99), der Erstattung der Kosten nach § 108 Bundessozialhilfegesetz (Übertritt aus dem Ausland), der Erstattung der Kosten von Gesundheitsuntersuchungen gemäß § 62 Abs. 1 Satz 2 Asylverfahrensgesetz und § 36 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit der Verordnung über die Durchführung von Gesundheitsuntersuchungen von Asylbewerbern vom 10.11.2000 (GVBl. II S. 423) sowie der Erstattung der Kosten nach § 3b Abs. 2 Wohnortzuweisungsgesetz.

Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet.

633 12 neu	235	Zuweisungen für soziale Dienste	15.338.756 15.323.610	14.338.800	13.588.800
---------------	-----	--	--------------------------	------------	------------

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Vom Ansatz gehören 5.112.900 EUR nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 030 / 653 10	15.338.756	15.323.610
Zusammen		15.338.756	15.323.610

Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet.

633 13 neu	274	Zuweisungen an die Gemeinden für umstellungsbedingte Kita-Mehrkosten	7.158.086 0	0	0
---------------	-----	---	----------------	---	---

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 030 / 653 20	7.158.086	0
Zusammen		7.158.086	0

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.
Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(613 20)	910	Anteil der Gemeinden an den Erstattungen nach Artikel 22 Einigungsvertrag	0	0
(643 10)	234	Erstattung von Unterbringungs- und Sozialleistungskosten für ausländische Flüchtlinge, Aussiedler und Personen nach § 108 BSHG an die Landkreise und kreisfreien Städte umgesetzt nach 20 030 / 633 11	0	0
(653 10)	235	Zuweisungen für soziale Dienste umgesetzt nach 20 030 / 633 12	0	0
(653 20)	274	Zuweisungen an die Gemeinden für umstellungsbedingte Kita-Mehrkosten umgesetzt nach 20 030 / 633 13	0	0
Summe HGr. 6:			1.696.841.801	1.679.191.100 1.719.470.900

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 11	910	Zuweisungen für kommunale Investitionen	10.737.130 8.244.390	10.000.000	10.000.000
--------	-----	--	--------------------------------	-------------------	-------------------

Von den Beträgen gehören nicht zum allgemeinen Steuerverbund:
für das Jahr 2002: 2.331.000 EUR, für das Jahr 2003: 4.887.000
EUR sowie die neu ausgebrachte VE für das Jahr 2002: 9.887.000
EUR, für das Jahr 2003: 3.000.000 EUR.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	9.887.000	3.000.000
davon fällig:		
2003 bis zu	4.887.000	
2004 bis zu	5.000.000	3.000.000
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	5.113.000	2.556.459			7.669.459
2003	2.556.500	2.556.459	4.887.000		9.999.959
2004			5.000.000	3.000.000	8.000.000
2005					
2006 ff.					
Summen	7.669.500	5.112.919	9.887.000	3.000.000	25.669.419

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002/2003 eingesetzt.

883 12	910	Kommunale Investitionspauschale (Land)	212.186.131 197.332.907	142.000.000	102.000.000
--------	-----	---	-----------------------------------	--------------------	--------------------

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002/2003 eingesetzt.

883 13 neu	910	Kommunale Investitionspauschale (außerhalb Steuerverbund)		128.274.600	99.116.600
---------------	-----	--	--	--------------------	-------------------

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Erläuterungen:

Die Mittel werden auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002/2003 eingesetzt.

883 16	910	Komplementärmittel für kommunale Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	7.669.378 7.669.378	20.000.000	20.000.000
--------	-----	---	-------------------------------	-------------------	-------------------

1. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.
2. Die Mittel dienen der Darstellung des Landesanteils von GA- und EU-Mitteln bei Kapitel 08 050 Titel 883 61 und 883 82.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu

Erläuterungen:

Der Gesamtfumfang (80.000.000 EUR) des Fördermixprogramms wird bereitgestellt im

	2002 EUR	2003 EUR
Kapitel 08 050 Titel 883 82 (EU-Mittel)	40.000.000	40.000.000
Kapitel 08 050 Titel 883 61 (GA-Mittel)	20.000.000	20.000.000
Kapitel 20 030 Titel 883 16	20.000.000	20.000.000
Summe	80.000.000	80.000.000

Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002/2003 durch das Ministerium für Wirtschaft.

883 30	910 Zuweisungen für kommunale Investitionen im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG)	148.274.646 148.976.932	0	0
--------	---	----------------------------	---	---

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		29.654.929			29.654.929
2003					
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen		29.654.929			29.654.929

Erläuterungen:

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.

883 40	910 Zuweisungen für kommunale Investitionen des Sonderprogramms Fremdenverkehr ländlicher Raum	1.789.522 1.408.260	1.955.700	1.955.700
--------	--	------------------------	-----------	-----------

1. Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

2. Die Mittel dienen der Darstellung des hälftigen kommunalen Anteils für das bei Kapitel 10 032 Titel 883 67 veranschlagte Programm.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	2.045.200	1.533.900
davon fällig:		
2003 bis zu	511.300	
2004 bis zu	511.300	511.300
2005 bis zu	511.300	511.300
2006 ff bis zu	511.300	511.300

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			511.300		511.300
2004			511.300	511.300	1.022.600
2005			511.300	511.300	1.022.600
2006 ff.			511.300	511.300	1.022.600
Summen			2.045.200	1.533.900	3.579.100

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
Der Gesamtumfang des Förderprogramms beläuft sich auf	17.601.200	17.601.200
Davon werden bereitgestellt:		
im Kapitel 10 032 Titel 883 67	15.645.500	15.645.500
(dav. 2002/2003 jew eils 11.734.100 EUR EU-Mittel und 3.911.400 EUR Landesmittel)		
im Kapitel 20 030 Titel 883 40	1.955.700	1.955.700
(Darstellung des hälftigen Komplementäranteils der Kommunen)		

Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt auf der Grundlage des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002/2003 durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung.

883 50	910 Zuweisungen für kommunale Investitionen des Sonderprogramms zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum (IfG)	0	0	0
		2.823.204		

Erläuterungen:

Die Haushaltsstelle wird zur Erfassung der Haushaltsrechnung beibehalten.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(883 15)	910 Komplementärmittel für das Sonderprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum	0
		0

Summe HGr. 8:	380.656.806	302.230.300	233.072.300
---------------	-------------	-------------	-------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
<div>Abschluss</div>					
<div>Einnahmen</div>					
HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.			0	0	0
HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen			0	0	0
Gesamteinnahme			0	0	0
<div>Ausgaben</div>					
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			1.696.841.801	1.679.191.100	1.719.470.900
HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			380.656.806	302.230.300	233.072.300
Gesamtausgabe			2.077.498.607	1.981.421.400	1.952.543.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.077.498.607	-1.981.421.400	-1.952.543.200

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

121 10	872	Gewinne aus Kapitalanteilen an Landesgesellschaften (Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts)	1.636.134 1.174.398	1.540.000	1.540.000
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Ausschüttung von Dividenden.

134 10	872	Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen sowie aus sonstigen Aus- und Rückzahlungen von Kapitalanteilen	0 4.217	161.230.100	30.951.300
--------	-----	---	-------------------	--------------------	-------------------

1. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bei Titelgruppe 65 in Kapitel 20 630.

2. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Landesbeteiligungen anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagte Einnahmen aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen. Welche Vermögensanteile aktiviert werden, wird erst im Laufe der Jahre 2002 und 2003 entschieden.

141 10	680	Bürgschaftsentgelte	357.904 431.421	360.000	360.000
--------	-----	----------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die dem Land zustehenden Anteile an den Bürgschaftsentgelten für die Übernahme von Bürgschaften im Rahmen der Bürgschaftsprogramme.

141 20	062	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen aus dem Inland	306.775 1.832.309	310.000	310.000
--------	-----	--	-----------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Rückflüsse und andere Einnahmen aus der Inanspruchnahme aus Bürgschafts-, Gewährleistungs- oder ähnlichen Zwecken dienenden Verträgen.

162 10	872	Zinseinnahmen aus dem Inland	4.090.335 349.861	4.090.300	4.090.300
--------	-----	-------------------------------------	-----------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zinserträge noch nicht abgerufener Mittel von der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

181 10	872	Darlehensrückflüsse aus dem Inland	2.249.684 0	0	0
--------	-----	---	-----------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Rückflüsse von Teilbeträgen aus gewährten Darlehen.
2002: Weniger aufgrund nicht zu erwartender Darlehensrückflüsse.

Summe HGr. 1:			8.640.833	167.530.400	37.251.600
----------------------	--	--	------------------	--------------------	-------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
		Ausgaben			

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	859	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	61.355 98.094	185.000	185.000
--------	-----	---	-------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entgelte für die Geschäftsbesorgung zur Bearbeitung von Gewährleistungen (u.a. Prozesskosten für Rechtsstreitigkeiten aus Bürgschaften), Gutachten sowie sonstige honorarpflichtige Dienstleistungen (u. a. Ausgaben für Beratungsleistungen im Rahmen der Privatisierung des Flughafens Berlin-Schönefeld), soweit sie nicht zentral von einem Geschäftsbesorger (vgl. zu Titel 141 10) abgewickelt werden.

2002: Mehr wegen anhängiger Rechtsstreitigkeiten mit hohen Streitwerten in Bürgschaftsfällen.

Summe HGr. 5:			61.355	185.000	185.000
---------------	--	--	---------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

662 10	759	Zuweisungen an die Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH (BBF)	28.121.053 16.891.038	70.044.000	30.000.000
--------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Die BBF-Geschäftsführung hat mit Schreiben vom 23. Februar und vom 8. März 2001 den Gesellschaftern der BBF eine Zweijahresplanung bis 2002 übersandt, der folgende Prämissen zugrunde liegen:

Die Geschäftsführung der BBF geht davon aus, dass der Privatisierungsprozess bis Ende 2001 abgeschlossen wird.

Rein vorsorglich legt sie der Planung gleichwohl zugrunde, dass die BBF ihre Tätigkeit in der bisherigen Gesellschafter- und Geschäftskonstellation und ins-besondere auch bezüglich des Projektes zum Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) in 2002 fortsetzt. Effekte einer Privatisierung der BBF sind somit nicht berücksichtigt.

Die Geschäftsführung der BBF unterstellt, dass die Gesellschafter - entsprechend bisheriger Praxis - Auslagen erstatten und Gesellschafterdarlehen für Investitionen ausreichen. Da die BBF weiterhin nicht in der Lage sein wird, ihren Liquiditätsbedarf durch erwirtschaftete Mittelzuflüsse oder externe Kreditaufnahme zu decken, sind weitere Zuweisungen der Gesellschafter der BBF zur Finanzierung der BBF erforderlich.

Unter dieser Voraussetzung würde die vorläufige Zweijahresplanung der BBF-Geschäftsführung bis 2002 für die BBF für 2002 einen Bedarf an Gesellschafterzu-schüssen/-darlehen von gesamt 194.474.000 EUR ausweisen. Auf den Mitgesellschafter Land Brandenburg würden davon 70.044.000 EUR entfallen.

Angaben für 2003 sind durch die Geschäftsführung der BBF noch nicht übergeben worden. Rein vorsorglich werden als Anteil des Landes Brandenburg in Höhe von 30 Mio. EUR die laufenden Ausgaben der Flughafen Projektgesellschaft Schönefeld mbH (FPS), Baufeld Ost-Kreditzinsen und Gesellschafterdarlehen für die Sicherung der Grundstücke in 2003 angesetzt.

Der Anteil des Landes Brandenburg würde sich wie folgt zusammensetzen:

			2002 EUR	2003 EUR
1.	Erstattung von Auslagen			
1.	1.	Laufende Ausgaben der Flughafen Projektgesellschaft Schönefeld mbH (FPS)	1.402.000	1.402.000
	2.	Baufeld Ost - Kreditzinsen	6.035.000	6.035.000
		<i>Summe zu 1.</i>	<i>7.437.000</i>	<i>7.437.000</i>
2.	Gesellschafterdarlehen			
2.	1.	Liegenschaften/Umsiedlung	62.607.000	22.563.000
		<i>Summe zu 2.</i>	<i>62.607.000</i>	<i>22.563.000</i>
Zusammen			70.044.000	30.000.000

Mit Ausnahme der Baufeld Ost-Kreditzinsen würden die veranschlagten Kosten auf die in 2002 erforderlichen Vorbereitungen zum Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Flughafen BBI mit dem Ziel einer Inbetriebnahme in 2007 entfallen.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 6: 28.121.053 70.044.000 30.000.000

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

831 10 872 Erwerb von Kapitalanteilen an Unternehmen des privaten Rechts und Anstalten des öffentlichen Rechts 102.258 150.000 102.300
435

Erläuterungen:

Ausgaben für die Kapitalausstattung landesbeteiligter Unternehmen.
2002: Mehr aufgrund der Anpassung der Stammkapitale an den Euro.
2003: Weniger wegen einmaliger Ausgaben im Jahr 2002.

831 12 872 Kapitalzuführung zur Landesentwicklungsgesellschaft i. L. 100.000.000 0
neu

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen der Erfüllung von Verbindlichkeiten der LEG i. L..

862 10 872 Gewährung von Gesellschafterdarlehen an landesbeteiligte Unternehmen 0 15.338.800 11.759.800
0

Die Ausgaben für das Haushaltsjahr 2003 sind gesperrt; die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages.

Erläuterungen:

Darlehen an die Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau, Wohnen und Verkehr i. L. des Landes Brandenburg.

871 10 680 Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen 17.895.216 20.000.000 20.000.000
19.394.870

Erläuterungen:

Die Höhe der Ausfälle ist abhängig vom Bewilligungsvolumen, der Bewilligungspraxis und der voraussichtlichen Entwicklung der durch Bürgschaften geförderten Unternehmen. Der Ansatz ist geschätzt.
2002: Mehr in Anpassung an die Ist-Ausgaben.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(831 20) 872 Zuführungen zum Eigenkapital der Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH 0
0

Summe HGr. 8: 17.997.474 135.488.800 31.862.100

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI)

Erläuterungen:

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(536 60)	759	Vertragsmanagement	0		
			0		
(831 60)	759	Erwerb von Beteiligungen an der Flughafen Projektgesellschaft Schönefeld mbH	0		
			0		
(892 60)	759	Zuschüsse für Investitionen an die Flughafen Projektgesellschaft Schönfeld mbH (Zuführung zum Eigenkapital)	0		
			0		
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60			0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			0	0	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 610 Kapitalvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	8.640.833	167.530.400	37.251.600
Gesamteinnahme			8.640.833	167.530.400	37.251.600
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	61.355	185.000	185.000
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	28.121.053	70.044.000	30.000.000
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	17.997.474	135.488.800	31.862.100
Gesamtausgabe			46.179.882	205.717.800	62.047.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-37.539.050	-38.187.400	-24.795.500

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Vorbemerkung: Beim Liegenschaftsvermögen werden auch die Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, die im Zusammenhang mit Grundstücken entstehen, die dem Land als Fiskalerbe zugefallen sind und von ihm verwertet werden.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	871	Gebühren, sonstige Entgelte	511 4.960	100	100
--------	-----	-----------------------------	--------------	-----	-----

Erläuterungen:

Erwartete Einnahmen aufgrund der Gebührenordnung des Ministers der Finanzen.

119 10	871	Sonstige Einnahmen	255.646 198.147	44.900	44.900
--------	-----	--------------------	--------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Es handelt sich insbesondere um Einnahmen aus Rückzahlungen aus den Vorjahren wie Steuerrückerstattung und Erstattungen aus Jahresverbrauchsrechnungen.

2002: Weniger aufgrund Wegfall der Gebühren aus der Erteilung von Freigaben im Rahmen der Abwicklung der Bodenreform.

121 10	873	Abführungen des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg"	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Erläuterungen:

Gemäß § 2 des Gesetzes über die Verwertung der WGT-Liegenschaften vom 03.06.1994 wurde das Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" eingerichtet. Aufgabe ist die Verwertung, Entwicklung und Verwaltung der dem Land übertragenen WGT-Liegenschaften. Nach § 9 des Gesetzes wurde mit Zustimmung des Landtages das Bodenreformvermögen dem Sondervermögen "Grundstücksfonds Brandenburg" zugeführt.

Nach dem Gesetzes zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2002) ist das Sondervermögen "Grundstückfonds Brandenburg" nach dem 30. 06. 2002 aufzulösen und künftig in der Titelgruppe 65 - WGT - Liegenschaftsvermögen im AGV - im Kapitel 20 630 auszuweisen.

Ein direkter Vergleich mit den bei Titelgruppe 65 im Kapitel 20 630 für 2002 veranschlagten Mitteln ist nicht möglich, da der Zeitpunkt zur Auflösung durch besonderes Gesetz noch nicht feststeht.

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" - WGT-Liegenschaften
Ausgaben für die Verwaltung der Liegenschaften

	Ist 2000 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR
1. Personalausgaben	0	0	0	0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	34.493.403	30.677.513	31.000.000	24.647.000
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0	0
Zusammen	34.493.403	30.677.513	31.000.000	24.647.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
121 10

Finanzierung der Ausgaben

	Ist 2000 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR
1. Vermischte Einnahmen (einschl. Zinseinnahmen)	1.509.488	766.938	1.500.000	1.000.000
2. Einnahmen aus Miet- und Pachtverträgen	3.071.351	2.556.459	2.500.000	1.647.000
3. Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	0	0	0	0
4. Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Gegenständen	21.510.484	22.496.843	22.000.000	18.000.000
5. Zuweisungen des Bundes	478.058	0	0	0
6. Einnahmen aus Schuldenaufnahmen auf dem Kreditmarkt	0	0	0	0
7. Zuweisungen aus Förderprogrammen des Landes nach § 2 Abs. 6 WGT-LVG	8.276.457	1.022.584	3.000.000	1.000.000
8. Einnahmen aus Überschüssen des Vorjahres/Auflösung von Rücklagen	1.483.445	3.834.689	2.000.000	3.000.000
Zusammen	36.329.283	30.677.513	31.000.000	24.647.000

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Grundstücksfonds Brandenburg" - Bodenreformvermögen
Ausgaben für die Verwaltung von Liegenschaften

	Ist 2000 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR
1. Personalausgaben	0	0	0	0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1.607.509	639.115	1.200.000	1.200.000
3. Schuldendienst	0	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse	0	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	243.677	587.986	3.200.000	3.200.000
Zusammen	1.851.186	1.227.101	4.400.000	4.400.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
121 10

Finanzierung der Ausgaben

	Ist 2000 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR
1. Vermischte Einnahmen (einschl. Zinseinnahmen)	2.893.859	766.938	2.300.000	2.100.000
2. Einnahmen aus Miet- und Pachtverträgen	236.406	102.259	800.000	900.000
3. Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	0	0	0	0
4. Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Gegenständen	450.329	357.904	1.300.000	1.400.000
5. Zuweisungen des Bundes	0	0	0	0
6. Einnahmen aus Schuld aufnehmen auf dem Kreditmarkt	0	0	0	0
7. Zuweisungen aus Förderprogrammen des Landes nach § 2 Abs. 6 WGT-LVG	0	0	0	0
8. Einnahmen aus Überschüssen des Vorjahres/Auflösung von Rücklagen	0	0	0	0
Zusammen	3.580.594	1.227.101	4.400.000	4.400.000

124 10 871 **Mieten und Pachten** 4.345.981 4.346.000 4.202.800
5.076.217

1. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken des allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	1.826.376	1.766.300
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	2.519.624	2.436.500
3.	Sonstige Einnahmen	0	0
	Summe	4.346.000	4.202.800

2003: Weniger durch die geplante Veräußerung von Liegenschaften des Allgemeinen Grundvermögens und Entmietung im Behördenstandort Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 103.

125 10 871 **Einnahmen aus Diensten wirtschaftlicher Tätigkeit** 138.049 64.200 56.200
64.210

Erläuterungen:

Einnahmen aus dem Betrieb zentraler Heizwerke, die Einrichtungen des Landes, der Stadt Potsdam sowie sonstiger Abnehmer versorgen.

2002: Weniger durch Entmietung im Behördenstandort Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 103.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

131 10	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	5.491.275 4.357.368	4.090.300	13.579.000
--------	-----	---	------------------------	-----------	------------

1. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 und 2 bei Titel 821 10.
2. Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 537 10.
3. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.
4. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Rückzahlungen aufgrund in früheren Haushaltsjahren zu hoch vereinnahmter Veräußerungserlöse - insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Einnahmen abgesetzt werden.
5. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Kapitel 20 630 Titel 821 10 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Liegenschaften, die zur Erfüllung der Aufgaben des Landes nicht benötigt werden.

131 11	871	Erlöse aus dem Verkauf von Forstgebäuden	0 598.744	0	0
--------	-----	--	--------------	---	---

1. Einnahmen bis zur Höhe von höchstens 156.000 EUR dürfen für Ausgaben bei Kapitel 15 110 Titel 719 10 verwendet werden.
2. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Kapitel 15 110, Titel 711 11, verwendet werden.
3. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundstücken des Allgemeinen Grundvermögens anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.
4. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Dauerhaft für Landeszwecke entbehrliche ehemalige Forstgebäude sollen veräußert werden.

131 12 neu	871	Vermögen aus der Geltendmachung von Ansprüchen gem. Art. 233 §§ 11 Abs. 3, 12 Abs. 2 EGBGB		16.617.000	0
---------------	-----	---	--	------------	---

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titel 631 12.

131 20	062	Einnahmen aus Veräußerungserlösen zugunsten des Entschädigungsfonds oder Dritter	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

1. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 bei Titel 821 20 und 821 30.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Veräußerung von Grundstücken mit Abführungspflicht gemäß Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 sowie Vermögensgesetz und Investitionsvorrangsgesetz.

132 10 neu	871	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	511 0	0	0
---------------	-----	---	----------	---	---

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soil2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 630 / 113 10	511	0
Zusammen		511	0

Aus Titelgruppen	370.175	19.551.700	25.425.700
-------------------------	----------------	-------------------	-------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(113 10) 871 Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher
geringwertiger Gegenstände 0
umgesetzt nach 20 630 / 132 10 0

Summe HGr. 1:	10.602.148	44.714.200	43.308.700
---------------	------------	------------	------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 60 - Landesbehördenzentren Brandenburg, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Wünsdorf

111 60	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	0 0	0	0
--------	-----	----------------------------------	--------	---	---

119 60	011	Sonstige Einnahmen	511 39.696	18.400	18.400
--------	-----	--------------------	---------------	--------	--------

Erläuterungen:

2002: Mehr wegen zu erwartender Einnahmen aus Erstattungen der Endabrechnung für Betriebskosten aus Vorjahren.

124 60	011	Mieten und Pachten	369.664 273.007	760.300	760.300
--------	-----	--------------------	--------------------	---------	---------

1. Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Nebenkosten, die im Zusammenhang mit der Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken anfallen, von den Einnahmen abgesetzt werden.

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	0	0
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	760.300	760.300
3.	Sonstige Einnahmen	0	0
	Summe	760.300	760.300

2002: Mehr nach Abschluss weiterer Mietverträge.

132 60 neu	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	0 0	0	0
---------------	-----	--	--------	---	---

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	SoI2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 20 630 / 113 60	0	0
Zusammen	0	0

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(113 60)	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	0 0
umgesetzt nach 20 630 / 132 60			

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	370.175	778.700	778.700
-------------------------------------	---------	---------	---------

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerke bei TGr. 64.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

235 64 neu	950	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit	0	0
---------------	-----	---	---	---

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v.H., sofern eine Nachbesetzung der frei werdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

359 64 neu	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0
---------------	-----	---------------------------	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64	0	0	0
-------------------------------------	---	---	---

TGr. 65 - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

1. Ausgaben dürfen in Höhe der bei Titelgruppe 65 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
2. Einnahmen bei Titel 134 10 im Kapitel 20 610 dürfen im Jahr 2002 bis zur Höhe von 13.000.000 Euro und im Jahr 2003 bis zur Höhe von 5.000.000 Euro zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
3. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetzes zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2002) ist das Sondervermögen "Grundstückfonds Brandenburg" nach dem 30. 06. 2002 aufzulösen. Dafür und zur Erfüllung der im WGT-LVG enthaltenen Bedingungen wurden die haushaltsmäßigen Voraussetzungen - wie nachfolgend dargestellt - geschaffen. Insbesondere soll durch die Abwicklung im Landeshaushalt die Verwaltung und Verwertung transparent dargestellt, aber auch die Trennung der betreffenden Vermögenswerte von dem sonstigen Vermögen des Landes gewährleistet werden.

Die Höhe der Einnahmen bzw. Ausgaben der Titelgruppe 65 für 2002 sind nicht unmittelbar vergleichbar mit denen des Wirtschaftsplans des Sondervermögens "Grundstückfonds Brandenburg" - WGT-Liegenschaften, weil der Zeitpunkt zur Auflösung durch besonderes Gesetz noch nicht feststeht.

119 65 neu	871	Sonstige	5.103.000	1.692.000
---------------	-----	----------	-----------	-----------

121 65 neu	871	Abführungen des Sondervermögens	0	0
---------------	-----	---------------------------------	---	---

124 65 neu	871	Mieten und Pachten	1.457.000	2.700.000
---------------	-----	--------------------	-----------	-----------

129 65 neu	871	Sonstige Erlöse	26.000	51.000
---------------	-----	-----------------	--------	--------

131 65 neu	871	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	11.700.000	19.383.000
---------------	-----	---	------------	------------

162 65 neu	871	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	487.000	821.000
---------------	-----	---------------------------------------	---------	---------

231 65 neu	871	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0
---------------	-----	-------------------------------	---	---

281 65 neu	871	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	487.000	0
---------------	-----	--------------------------------------	---------	---

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 65	0	19.260.000	24.647.000
-------------------------------------	---	------------	------------

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben für Datenverarbeitung - Projekt
Liegenschaftsinformationssystem

1. Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
			2.516		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0	0
-------------------------------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	370.175	20.038.700	25.425.700
--	---------	------------	------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

425 10	061	Vergütungen der Angestellten	298.799 276.614	272.300	272.300
--------	-----	------------------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	- außertariflichen Angestellten		
1.2	- tariflichen Angestellten	272.300	272.300
1.3	- Auszubildenden		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
	Summe	272.300	272.300

Weniger durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
IVb	gD	3,00	3,00	3,00
Vc	mD	2,00	2,00	2,00
VIb	mD	5,00	5,00	5,00
VII	mD	1,00	1,00	1,00
IXa	eD	1,00	0,00	0,00
Zusammen:		12,00	11,00	11,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2002	2003	
Abgänge:		
Abgänge infolge Einsparung		
1	0	IXa eD kw 2000/2001
1	0	Abgänge infolge PEK
1	0	Stellen Abgänge insgesamt
<hr/>		
-1	0	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

426 10	061	Löhne der Arbeiter	1.075.042 832.963	900.000	775.300
--------	-----	--------------------	----------------------	---------	---------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Löhne einschl. Zuschläge, Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlagen zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	- Arbeiter	900.000	775.300
1.2	- Auszubildenden		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
	Summe	900.000	775.300

Weniger durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
426 10

Stellenübersicht:

	2001	2002	2003
PT	2,00	1,00	1,00
MTL 6	1,00	1,00	1,00
MTL 5	11,00	11,00	11,00
MTL 4	19,00	16,00	16,00
MTL 3	4,00	0,00	0,00
MTL 2	5,00	0,00	0,00
MTL 1	2,00	0,00	0,00
Zusammen:	44,00	29,00	29,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2002 2003

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

1	0	PT	kw 2000/2001
4	0	MTL 4	kw 2000/2001
4	0	MTL 3	kw 2000/2001
5	0	MTL 2	kw 2000/2001
2	0	MTL 1	kw 2000/2001
16	0	Abgänge infolge PEK	
16	0	Stellen Abgänge insgesamt	

-16 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1	0	MTL 4	Umsetzung von 07 160 / 426 10	gem. § 50 Abs. 1 LHO
1	0	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
1	0	Stellen Zugänge insgesamt		

1 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

427 20	061 Vergütungen und Löhne für Aushilfen	5.266 10.706	0	0
462 10	989 Globale Minderausgaben für Personalausgaben	-34.359 0	-4.600	-15.500

Zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe können auch Titel außerhalb der Hauptgruppe 4 (HGr. 5, 6 oder 8) herangezogen werden.

Summe HGr. 4: 1.344.749 1.167.700 1.032.100

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	061 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	12.987 8.764	21.800	21.800
--------	---	-----------------	--------	--------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
2. 20 630 / 515 10	12.475	8.060
Zusammen	12.475	8.060

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
511 10

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Geschäftsbedarf	300	300
2.	Bücher Zeitschriften	0	0
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	11.500	11.500
4.	Sonstiges	10.000	10.000
Summe		21.800	21.800

511 20 neu	061 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	2.045 2.255	2.300	2.300
---------------	--	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. 513 10	2.045	2.255
Zusammen	2.045	2.255

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Postgebühren	0	0
2.	Mobilfunkanschlüsse	500	500
3.	Sonstiges	1.800	1.800
Summe		2.300	2.300

514 10	061 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	5.624 5.170	1.900	1.900
--------	---	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. 20 630 / 516 10	1.023	1.078
Zusammen	1.023	1.078

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	750	750
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	770	770
3.	Verbrauchsmittel	280	280
4.	Sonstiges	100	100
Summe		1.900	1.900

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
514 10

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Soll 2002	Soll 2003	Bestand am 01.01.2000	Aussonderung
PKW	0	0	1	0
davon personengebunden	0	0	0	0
Anhänger	3	3	2	0
Arbeitsmaschinen	2	2	3	1
Fahrräder	1	1	1	0
Zusammen:	6	6	7	1

Umsetzung eines Dienst-Kfz nach Titel 514 60 im Zuge der Fahrzeugpoolbildung im Landesbehördenzentrum Wünsdorf.

517 10	061	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.931.149 1.914.098	1.969.900	1.969.900
--------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Für landeseigene bzw. in der Verfügungsbefugnis des Landes stehende Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 333.362 qm Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Heizung	309.300	309.300
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	290.600	290.600
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	391.200	391.200
4.	Grundbesitzabgaben	276.500	276.500
5.	Bewachungskosten	315.800	315.800
6.	Sonstiges	386.500	386.500
	Summe	1.969.900	1.969.900

518 10	061	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.444.998 2.248.031	2.447.400	2.508.400
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume

	Bezeichnung	Haupt- und Nebenfläche in m²	Jahresmiete in EURO
1.	Dreetz, Seestr.	2.033	900
2.	Frankfurt (Oder), Beeskower Str.	100	700
3.	ehem. Fachhochschule in Bernau - Waldfrieden	259.832	90.000
	Zusammen	261.965	91.600

Darüber hinaus sind Nutzungsentgelte in 2002 in Höhe von 2.355.800 EUR sowie in 2003 in Höhe von 2.416.800 EUR für vom Land von der Brandenburgischen Boden GmbH zu erwerbende Liegenschaften aus dem WGT-Sondervermögen veranschlagt.

518 20	061	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	2.045 2.147	0	0
--------	-----	---	-----------------------	----------	----------

519 10	061	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	135.492 121.575	135.000	135.000
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
519 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Unterhaltung landeseigener Grundstücke und Gebäude sowie für der Verfügungsbefugnis des Landes stehende Grundstücke und Gebäude, soweit die Pflicht zur Bauunterhaltung beim Land liegt.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Unterhaltung an landeseigenen Grundstücken	130.000	130.000
2.	Unterhaltung an gemieteten und gepachteten Grundstück	5.000	5.000
	Summe	135.000	135.000

525 10 061 Aus- (und Fort)bildung 1.900 200
neu

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	1.900	200
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
	Summe	1.900	200

Veranschlagt sind die Kosten für fachspezifische Lehrgangsbesuche (incl. Fahrtkosten) der Liegenschaftsarbeiter zur Bedienung/Wartung technischer Anlagen (einschl. Aufzüge).

526 10 061 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 255.646 26.000 26.000
25.997

Erläuterungen:

Ausgaben für Wertermittlungen bei bebauten und unbebauten Grundstücken im Falle des Erwerbs oder der Veräußerung, sowie Aufwendungen in Rechtsstreitigkeiten (z.b. bei Erbschaften) des Landes.
2002/2003: Weniger durch Beendigung der Bearbeitung zur Abwicklung der Bodenreform.

527 10 061 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 0 0
neu

537 10 061 Entwicklung, Verwaltung und Verwertung landeseigener Grundstücke 10.226 7.200 7.200
7.325

1. Einnahmen bei Titel 131 10 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Grundstücke, wie z.B. Bauvoranfragen u.a., die im Zusammenhang mit der Verwaltung bzw. Verwertung entstehen. Diese Haushaltsmittel können auch für Dienstleistungen einer landeseigenen Gesellschaft verwendet werden. Die landeseigene Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung GmbH (BBG) soll verstärkt als Geschäftsbesorgerin des Landes mit der Verwaltung und Verwertung entbehrlicher landeseigener Grundstücke beauftragt werden. Dazu können im Einzelfall Auftragsvergaben für Maßnahmen zur Bauunterhaltung (insbesondere zur Verkehrssicherung) und umfassende Bestandsaufnahmen sowie Entwicklungsplanungen zur Herstellung der Verwertbarkeit gehören. Der der BBG dafür zustehende Aufwendungsersatz und das Dienstleistungsentgelt sind als Nebenkosten im Zusammenhang mit der Verwertung von Grundstücken anzusehen und sollen aus den jeweiligen Veräußerungserlösen finanziert werden.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
542 10 neu	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch <i>1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden. 2. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden. 3. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.</i> Erläuterungen: Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt. Mehr nach Umsetzung von 2.100 EUR von Titel 542 00 im Kapitel 20 020.		2.100	2.100
546 10	061	Sonstiges Erläuterungen: Veranschlagt sind die für Betriebe gewerblicher Art (Heizwerk Liegenschaft Heinrich-Mann-Allee 103) abzuführenden Steuern, Rückzahlungen aufgrund von Minderflächen nach Vermessung von Liegenschaften sowie Gebühren für Leistungen der Kataster- und Vermessungsämter. 2002: Mehr wegen erstmaliger Gebührenpflicht der GVÄ für die Inanspruchnahme von Leistungen der Kataster- und Vermessungsämter bei der Umsetzung der Preußeneinigung Landwirtschaft.	25.565 15.169	48.000	48.000
546 20	061	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte Aus Titelgruppen Weggefallene oder umgesetzte Titel	0 117	0	0
(513 10)	061	Post- und Fernmeldegebühren umgesetzt nach 20 630 / 511 20	0 0		
(515 10)	061	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke umgesetzt nach 20 630 / 511 10	0 0		
(516 10)	061	Dienst- und Schutzkleidung umgesetzt nach 20 630 / 514 10	0 0		
Summe HGr. 5:			7.593.400	24.618.400	29.658.300
HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen					
631 12 neu	871	Ansprüche des Bundes und der TLG aus der Einigung mit dem Bund über das ehemalige Preußenvermögen <i>Siehe Vermerk bei Titel 131 12.</i> Erläuterungen: Zur Abwicklung von Zahlungen im Zusammenhang mit der Übernahme des Preussenvermögens vom Bund gemäß Einigung zwischen Bund und Land vom 02. 06. 1999. Mehr wegen fälliger Zahlungen ab 2002.		21.730.000	0
Summe HGr. 6:			0	21.730.000	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	871	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	12.782 0	700	0
--------	-----	----------------------------------	-------------	-----	---

1. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Erstbeschaffungen

		2002	2003
1.1	1 Hänger für Kleintraktor (BHZ Heinrich-Mann-Allee 103)	700	0
	Summe	700	0

812 10	871	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen	99.702 1.789	0	0
--------	-----	--	-----------------	---	---

Erläuterungen:

Weniger wegen Erreichen der Grundausstattung und Abschluss einmaliger Investitionsmaßnahmen.

821 10	871	Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken	6.544.536 8.736.385	6.493.500	5.982.200
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

- Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass bei einem Grundstückstausch die Einnahmen auf die Ausgaben angerechnet werden. Verbleibende Spitzenbeträge sind beim Einnahmetitel 131 10 bzw. beim Ausgabebetitel nachzuweisen.
- Gemäß § 15 Abs. 1 LHO wird zugelassen, dass Einnahmen aus Rückzahlungen in früheren Haushaltsjahren geleistete Ausgaben insbesondere aufgrund Minderflächen nach Vermessung - von den Ausgaben abgesetzt werden.
- Siehe Vermerke Nr. 5 bei Titel 131 10.
- Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für Grundstückserwerb bei Kapitel 15 160 Titel 331 20 geleistet werden.
- Von dem Ansatz sind bis zu 102.300 EUR zweckgebunden einzusetzen für Flächenankäufe in Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 69 BbgNatSchG.
- Siehe Vermerk Nr. 2 bei Titel 821 20 und Titel 821 30.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	1.022.584	1.022.584			2.045.168
2003	1.022.584	1.022.584			2.045.168
2004	1.022.584	1.022.584			2.045.168
2005					
2006 ff.					
Summen	3.067.751	3.067.751			6.135.503

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
821 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Erwerb von Liegenschaften für Einrichtungen des Landes sowie in begrenztem Umfang für Flächen für Zwecke des Naturschutzes. Es sind Ausgaben vorgesehen, sofern Zahlungsverpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr bzw. Auskehr des Verkehrswertes aufgrund Zuordnungsvereinbarungen nach dem Vermögenszuordnungsgesetz und gütlicher Einigungen nach dem Vermögensgesetz bestehen. Der Bund beteiligt sich nach dem Hochschulbauförderungsgesetz am Grunderwerb für Hochschulbaumaßnahmen zu 50 v. Hundert an den dem Land entstandenen Ausgaben nach Maßgabe des Rahmenplans. Die Einnahmen hieraus sind bei Kapitel 15 160 Titel 331 20 nachgewiesen.

821 20	062 Abführungen an den Entschädigungsfonds	0	0	0
		19.276		

1. Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 11 Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) vom 27.09.1994 herangezogen wird, sind Ausgaben zu leisten.

821 30	062 Verpflichtungen des Landes zur Erlösauskehr	0	0	0
		0		

1. Einnahmen bei Titel 131 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 821 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Soweit das Land Brandenburg gemäß § 31 Abs. 5 Vermögensgesetz sowie § 16 Investitionsvorrangsgesetz zur Auskehr des Verkehrswertes bzw. Verkaufserlöses verpflichtet ist, sind Ausgaben zu leisten.

Aus Titelgruppen	56.753	23.300	11.400
Summe HGr. 8:	6.713.774	6.517.500	5.993.600

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Landesbehördenzentren Brandenburg, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Wünsdorf

511 60	061 Geschäftsbedarf und Kommunikation	86.920 47.602	109.600	103.200
--------	---------------------------------------	------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. 20 630 / 513 60	76.694	37.787
2. 20 630 / 515 60	8.692	9.246
Zusammen	85.386	47.033

	2002 EUR	2003 EUR
1. Geschäftsbedarf	600	600
2. Postgebühren	0	0
3. Bücher, Zeitschriften	0	0
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.100	13.100
5. Mobilfunkanschlüsse	2.000	2.000
6. Sonstiges (Wartung TK-Anlagen, Fernmeldegebühren)	86.900	87.500
Summe	109.600	103.200

Mehr wegen erstmaligem Abschluss von Wartungsverträgen.

514 60	061 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	13.294 10.472	25.800	25.800
--------	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. 20 630 / 516 60	1.534	1.630
Zusammen	1.534	1.630

	2002 EUR	2003 EUR
1.. Haltung von Dienstfahrzeugen	14.100	14.100
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.100	1.100
3. Verbrauchsmittel	10.400	10.400
4. Sonstiges	200	200
Summe	25.800	25.800

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
514 60

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Soll 2002	Soll 2003	Bestand am 01.01.2000	Aussonderung
PKW	5	5	1	0
davon personengebunden	0	0	0	0
LKW	3	3	3	0
Anhänger	2	2	2	0
Arbeitsmaschinen	8	8	6	0
Dienstfahräder	4	4	4	0
Zusammen:	22	22	16	0

Mehr nach Umsetzung von 4 Dienstfahrzeugen im Zuge der Fahrzeugpoolbildung im Landesbehördenzentrum Wünsdorf.

517 60	061 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.517.090 2.484.870	2.785.000	2.785.000
--------	--	------------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 167.491 m² Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

	2002 EUR	2003 EUR
1. Heizung	561.100	561.100
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	700.600	700.600
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	877.400	877.400
4. Grundbesitzabgabe	5.100	5.100
5. Bewachungskosten	140.600	140.600
6. Sonstiges	500.200	500.200
Summe	2.785.000	2.785.000

2002: Mehr aufgrund Flächenzuwachs in den LBZ Wünsdorf und Cottbus.

518 60	061 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	4.090 3.938	6.700	6.700
--------	--	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Miete und Wartung einer Brandmeldeanlage in den Landesbehördenzentren Brandenburg und Cottbus sowie einer Hebebühne im Landesbehördenzentrum Wünsdorf.
Leasingrate für ein Dienst-Kfz nach Umsetzung im Zuge der Fahrzeugpoolbildung im Landesbehördenzentrum Wünsdorf.

519 60	061 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	81.807 101.546	141.000	141.000
--------	---	-------------------	---------	---------

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
1. Unterhaltung an landeseigenen Grundstücken	141.000	141.000
2. Unterhaltung an gemieteten und gepachteten Grundstücken	0	0
Summe	141.000	141.000

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
519 60

2002: Mehr wegen Ablauf der Gewährleistungsfristen aller technischen Anlagen im LBZ Wünsdorf sowie Gebäudezuwachs des Brandenburgischen Straßenbauamtes (BSBA) im LBGZ Südeck und Übernahme weiterer Aussenanlagen in Wünsdorf.

525 60 061 Aus- und Fortbildung 1.600 1.600
neu

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	1.600	1.600
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
	Summe	1.600	1.600

Veranschlagt sind die Kosten für die fachspezifische Weiterbildung der Liegenschaftsarbeiter in den LBZ zur Bedienung /Wartung technischer Anlagen (einschl. Aufzüge).
Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

526 60 061 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 0 0 0
0

537 60 061 Entwicklungskosten für Grundstücke 0 0 0
0

546 60 061 Vermischte Ausgaben 25.565 5.200 5.200
3.557

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die für Betriebe gewerblicher Art (Heizwerk im Landesbehördenzentrum Wünsdorf) sowie für den Betrieb von Kantinen in den LBZ abzuführenden Steuern.
2002: Weniger in Anpassung an die tatsächlichen Ausgaben.

811 60 871 Erwerb von Dienstfahrzeugen 3.068 16.400 5.200
56.142

1. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

1. Erstbeschaffungen

		2002 EUR	2003 EUR
1.1	Zusatzgerät Multicar LBGZ Cottbus	3.600	0
1.2	Zusatzgerät Multicar LBGZ Cottbus	0	5.200
	Summe	3.600	5.200

2. Ersatzbeschaffungen

		2002 EUR	2003 EUR
2.1	Ersatz von 1 PKW (Kombi), LBZ Frankfurt (O.)	12.800	0
	Summe	12.800	0

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

812 60	871	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen	53.686 95.876	6.900	6.200
--------	-----	--	------------------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für den erstmaligen Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen für die Landesbehördenzentren Cottbus, Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Wünsdorf.

1. Erstbeschaffungen

		2002 EUR	2003 EUR
1.1	Ausstattung Besprechungsraum Bereich A (2002) Bereich B (2003) im LBZ Wünsdorf	6.900	6.200
	Summe	6.900	6.200

2002: Weniger wegen Erreichen der Grundausrüstung und Abschluss einmaliger Investitionsmaßnahmen.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(513 60)	061	Post- und Fernmeldegebühren	0		
		umgesetzt nach 20 630 / 511 60	0		
(515 60)	061	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	0		
		umgesetzt nach 20 630 / 511 60	0		
(516 60)	061	Dienst- und Schutzkleidung	0		
		umgesetzt nach 20 630 / 514 60	0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 60	2.785.518	3.098.200	3.079.900
-------------------------------------	------------------	------------------	------------------

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Einnahmen bei den Titeln 235 64 und 359 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe. Die am Jahresende verbleibenden zweckgebundenen Einnahmen bzw. Minderausgaben bei Kapitel 20 630 HGr. 4 dürfen zu 100 % der Rücklage zugeführt werden.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsverbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Erstmalig im Haushaltsjahr 2002 werden die Altersteilzeitfälle aus dem Einzelplan 20, Kapitel 20 630 in der neu ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt.

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan 20

Stand 31.12.2000: 0

425 64 neu	950	Vergütungen der Angestellten in der Altersteilzeit		0	0
---------------	-----	--	--	---	---

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Vergütungen der Angestellten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

426 64 neu	950	Löhne der Arbeiter in der Altersteilzeit	0	0
---------------	-----	--	---	---

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Entlohnung von Arbeitern, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

919 64 neu	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0
---------------	-----	---------------------------	---	---

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

TGr. 65 - WGT-Liegenschaftsvermögen im AGV

1. Ausgaben dürfen in Höhe der bei Titelgruppe 65 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.
2. Einnahmen bei Titel 134 10 im Kapitel 20 610 dürfen im Jahr 2002 bis zur Höhe von 13.000.000 Euro und im Jahr 2003 bis zur Höhe von 5.000.000 Euro zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.
3. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
4. Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz zur Beseitigung des strukturellen Ungleichgewichts im Haushalt (Haushaltsstrukturgesetz 2002) ist das Sondervermögen "Grundstückfonds Brandenburg" nach dem 30. 06. 2002 aufzulösen. Dafür und zur Erfüllung der im WGT-LVG enthaltenen Bedingungen wurden die haushaltsmäßigen Voraussetzungen - wie nachfolgend dargestellt - geschaffen. Insbesondere soll durch die Abwicklung im Landeshaushalt die Verwaltung und Verwertung transparent dargestellt, aber auch die Trennung der betreffenden Vermögenswerte von dem sonstigen Vermögen des Landes gewährleistet werden.

Die Höhe der Einnahmen bzw. Ausgaben der Titelgruppe 65 für 2002 sind nicht unmittelbar vergleichbar mit denen des Wirtschaftsplans des Sondervermögens "Grundstückfonds Brandenburg" - WGT-Liegenschaften, weil der Zeitpunkt zur Auflösung durch besonderes Gesetz noch nicht feststeht.

517 65 neu	871	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	4.052.000	4.103.000
---------------	-----	--	-----------	-----------

519 65 neu	871	Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	2.731.000	3.500.000
---------------	-----	--	-----------	-----------

526 65 neu	871	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten	333.000	667.000
---------------	-----	--	---------	---------

537 65 neu	871	Entwicklungskosten für die Verwertung von Grundstücken	6.885.000	8.513.000
---------------	-----	--	-----------	-----------

543 65 neu	871	Ausgaben für Forsten	359.000	564.000
---------------	-----	----------------------	---------	---------

547 65 neu	871	Vergütungen von Dienstleistungen	2.500.000	4.500.000
---------------	-----	----------------------------------	-----------	-----------

613 65 neu	871	Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise	0	0
---------------	-----	--	---	---

Erläuterungen:

Gemäß Haushaltsstrukturgesetz 2002 i.V.m. § 8 (2) Satz 2 WGT-LVG erhalten die Landkreise und Gemeinden des Landes Brandenburg nach Abzug der Kosten und notwendigen Rückstellungen für die Altlastenbehandlung und -beseitigung jeweils 25 v.H. der verbleibenden Erlöse.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

631 65 871 Sonstige Zuweisungen an den Bund 0 0
neu

711 65 871 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten 900.000 800.000
neu

712 65 871 Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten 1.500.000 2.000.000
neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 65 0 19.260.000 24.647.000

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben für Datenverarbeitung - Projekt
Liegenschaftsinformationssystem

1. Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99 061 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie 19.429 10.000 10.000
neu Entgelte für Kommunikation 0

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1.	20 630 / 515 99	19.429	0
Zusammen		19.429	0

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Hardware	0	0
2.	Software	10.000	10.000
3.	Unterhaltung	0	0
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	0	0
Summe		10.000	10.000

Neukonzeption für das Liegenschaftsinformationssystem.

538 99 061 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 19.429 10.000 10.000
0

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Erweiterung des Liegenschaftsinformationssystems ALLFA	10.000	10.000
Summe		10.000	10.000

Veranschlagung von Kosten für die Erweiterung des Liegenschaftsinformationssystems ALLFA.
2002: Weniger wegen Neukonzeption.

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

812 99	061	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	0 53.646	0	0
--------	-----	---------------------------	-------------	---	---

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(515 99)	061	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	0 0		
		umgesetzt nach 20 630 / 511 99			

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	38.858	20.000	20.000
-------------------------------------	--------	--------	--------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	2.824.376	22.378.200	27.746.900
---	-----------	------------	------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 630 Liegenschaftsvermögen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 1		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	10.602.148	44.714.200	43.308.700
HGr. 2		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	487.000	0
HGr. 3		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme			10.602.148	45.201.200	43.308.700
Ausgaben					
HGr. 4		Personalausgaben	1.344.749	1.167.700	1.032.100
HGr. 5		Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	7.593.400	24.618.400	29.658.300
HGr. 6		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	21.730.000	0
HGr. 7		Baumaßnahmen	0	2.400.000	2.800.000
HGr. 8		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	6.713.774	6.517.500	5.993.600
HGr. 9		Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe			15.651.923	56.433.600	39.484.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5.049.774	-11.232.400	3.824.700

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

325 10	920	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kapitalmarkt	432.041.640 486.663.838	421.000.000	307.000.000
--------	-----	---	-----------------------------------	--------------------	--------------------

1. Aus den Einnahmen aus der Bruttokreditaufnahme sind auch die Ausgaben für Kurspflege zu leisten.
2. Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.
3. Den Einnahmen aus Kreditaufnahmen wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr fälligen Krediten zu.

Erläuterungen:

2002/2003: Weniger wegen Rückführung der Kreditaufnahmen.

Summe HGr. 3:			432.041.640	421.000.000	307.000.000
---------------	--	--	--------------------	--------------------	--------------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

531 30 neu	011	Nachrichtenagentur- und Informationsdienste		27.900	28.100
---------------	-----	---	--	--------	--------

Erläuterungen:

2002: Mehr wegen Umsetzung von Kapitel 12 010, Titel 513 99.

538 10	920	Aufträge an Dritte im Rahmen des DV-Einsatzes der Schuldenverwaltung und des Kreditreferates	15.339 4.875	10.000	10.000
--------	-----	--	-----------------	--------	--------

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei den Titeln 575 10 und 575 20.

Erläuterungen:

2002: Weniger wegen Anpassung an die Ist - Ausgaben 2000.

546 20 neu	920	Kosten für Rating und Marketing		250.000	0
---------------	-----	---------------------------------	--	---------	---

547 10	920	Depotumstellungskosten	0 74	0	0
--------	-----	------------------------	---------	---	---

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei den Titeln 575 10 und 575 20.

575 10	920	Zinsen für Kreditmarktmittel	714.479.275 666.116.655	773.896.600	799.792.200
--------	-----	------------------------------	----------------------------	-------------	-------------

1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei den Titeln 538 10, 547 10 und 575 20.
2. Zinseinnahmen fließen den Ausgaben zu.
3. Siehe Deckungsvermerk bei Kapitel 20 020, Titel 571 10.

Erläuterungen:

2002/2003: Mehr wegen erhöhtem Schuldenstand des Landes.

575 20	920	Bonifikation, Disagio und Diskont bei Wertpapieren und Schuldscheindarlehen sowie Nebenkosten	4.806.144 968.700	5.113.000	3.988.100
--------	-----	---	----------------------	-----------	-----------

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 575 10.

Erläuterungen:

Der Ansatz wurde auf der Grundlage von Erfahrungswerten geschätzt.
2003: Weniger wegen geringerer Neuaufnahmen.

Summe HGr. 5:			719.300.757	779.297.500	803.818.400
---------------	--	--	-------------	-------------	-------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	432.041.640	421.000.000	307.000.000
Gesamteinnahme			432.041.640	421.000.000	307.000.000
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	719.300.757	779.297.500	803.818.400
Gesamtausgabe			719.300.757	779.297.500	803.818.400
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-287.259.117	-358.297.500	-496.818.400

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 35	018	Einnahmen aus der Einzahlung von Versorgungszuschlägen durch beurlaubte Beamte	118.620 208.324	202.000	202.000
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

2002: Mehr wegen erhöhter Anzahl von Beurlaubungen aus dem Beamtenverhältnis.

Summe HGr. 1:			118.620	202.000	202.000
---------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

Erläuterungen:

Zu den Titeln 231 10 - 233 10:

Veranschlagt sind:

Einnahmen aus Beteiligungen abgebender Dienstherrn an den Versorgungslasten des Landes in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres vom Bund oder einem anderen Dienstherrn im früheren Bundesgebiet aufgrund §§ 107 b, 107c des Beamtenversorgungsgesetzes.

2002/2003: Mehr wegen ansteigender Anzahl von Versorgungsfällen.

231 10 neu	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch den Bund	2.323.310 1.019.118	2.603.900	2.884.500
---------------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 710 / 241 10	2.323.310	1.019.118
Zusammen		2.323.310	1.019.118

232 10 neu	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Länder	3.358.676 2.603.994	3.764.400	4.170.000
---------------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 710 / 242 10	3.358.676	2.603.994
Zusammen		3.358.676	2.603.994

233 10 neu	018	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Gemeinden	139.071 114.984	155.600	172.400
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 710 / 243 10	139.071	114.984
Zusammen		139.071	114.984

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(241 10)	016	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch den Bund	0		
		umgesetzt nach 20 710 / 231 10	0		
(242 10)	016	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Länder	0		
		umgesetzt nach 20 710 / 232 10	0		
(243 10)	016	Erstattungen von Versorgungsbezügen durch die Gemeinden	0		
		umgesetzt nach 20 710 / 233 10	0		
Summe HGr. 2:			5.821.058	6.523.900	7.226.900

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

424 10	018	Zuführung an die Versorgungsrücklage für Minister und Beamte und Richter an das Sondervermögen	0 1.833.317	6.830.200	6.830.200
--------	-----	---	----------------	-----------	-----------

1. Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 421 und 422 fließen diesem Titel zu.

2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 421 und 422 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern die Bildung von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Besoldungs- und Versorgungserhöhungen der Beamten und Versorgungsempfänger zu bilden sind. Mit der Bildung von Versorgungsrücklagen soll die Finanzierung der Versorgung ab dem Jahre 2014 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der Investitionsbank des Landes Brandenburg übertragen worden.

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg" wird am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

431 10	018	Versorgungsbezüge des Ministerpräsidenten und der Minister sowie deren Hinterbliebenen	357.904 541.405	396.500	421.800
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Zu den Titeln 432 10 - 432 15:

Die Versorgungsbezüge werden ab dem Haushaltsjahr 2002 einzelnen Funktionsbereichen zugeordnet (Titel 432 10 bis 432 15). Die Aufteilung der Voranschläge auf die einzelnen Funktionskennziffern erfolgte entsprechend dem Verhältnis der Ist-Ausgaben 2000.
2002/2003: Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern.

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebenen	13.452.089 8.039.272	5.010.000	6.609.500
--------	-----	--	-------------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2001	2002	2003
1. Ruhestand	23	32	48
2. Hinterbliebene	2	2	2
Zusammen	25	34	50

432 11 neu	048	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren Hinterbliebenen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)		6.205.600	8.180.800
---------------	-----	---	--	-----------	-----------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
432 11

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2001	2002	2003
1. Ruhestand	43	61	90
2. Hinterbliebene	22	22	22
Zusammen	65	83	112

432 12 058 Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren 3.133.400 4.130.800
neu Hinterbliebenen im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04)

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2001	2002	2003
1. Ruhestand	18	25	36
2. Hinterbliebene	4	4	4
Zusammen	22	29	40

432 13 068 Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren 1.377.900 1.816.500
neu Hinterbliebenen im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12)

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2001	2002	2003
1. Ruhestand	8	11	16
2. Hinterbliebene	2	2	2
Zusammen	10	13	18

432 14 118 Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren 606.800 799.900
neu Hinterbliebenen im Bereich der Schulen (Epl. 05)

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2001	2002	2003
1. Ruhestand	4	6	9
2. Hinterbliebene	4	4	4
Zusammen	8	10	13

432 15 138 Versorgungsbezüge der Beamten und Richter sowie deren 1.136.600 1.498.400
neu Hinterbliebenen im Bereich der Hochschulen (Epl. 06)

Erläuterungen:

Zahl der Versorgungsempfänger

	2001	2002	2003
1. Ruhestand	5	7	11
2. Hinterbliebene	3	3	3
Zusammen	8	10	14

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
434 10	018	Zuführung an die Versorgungsrücklage für Versorgungsempfänger sowie deren Hinterbliebenen an das Sondervermögen	0 12.170	55.300	55.300
<p><i>1. Die nach § 6 des Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetzes abzuführenden Beträge aus den Gruppen 431 und 432 fließen diesem Titel zu.</i></p> <p><i>2. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zufließenden Beträge nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz aus den Gruppen 431 und 432 an die Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg geleistet werden.</i></p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Nach dem Brandenburgischen Versorgungsrücklagengesetz ist auf der Grundlage des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) wie beim Bund und bei den anderen Ländern die Bildung von Versorgungsrücklagen als Sondervermögen vorgesehen, die aus der Verminderung der allgemeinen Besoldungs- und Versorgungserhöhungen der Beamten und Versorgungsempfänger zu bilden sind. Dies gilt entsprechend für die Amts- und Amtsversorgungsbezüge der Mitglieder der Landesregierung. Mit der Bildung von Versorgungsrücklagen soll die Finanzierung der Versorgungen ab dem Jahre 2014 unterstützt werden. Das Ministerium der Finanzen verwaltet die Versorgungsrücklage des Landes. Die Anlage der Mittel des Sondervermögens ist der InvestitionsBank des Landes Brandenburg übertragen worden. weiter siehe Titel 424 10</p>					
435 10	018	Versorgungsbezüge der Angestellten und deren Hinterbliebenen	0 0	0	0
436 10	018	Versorgungsbezüge der Arbeiter und deren Hinterbliebenen	0 0	0	0
443 10	018	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	5.624 75.268	38.900	38.900
<p>Erläuterungen:</p> <p>2002: Mehr wegen Zunahme der Zahlfälle aufgrund von Arbeitsunfällen.</p> <p>Zu den Titeln 446 10 - 446 15: Die Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften werden ab dem Haushaltsjahr 2002 einzelnen Funktionsbereichen zugeordnet (Kapitel 446 10 bis 446 15). Die Aufteilung der Voranschläge auf die einzelnen Funktionsziffern erfolgte entsprechend dem Verhältnis der Ist-Ausgaben 2000. 2002/2003: Mehr wegen Zunahme der Anzahl von Versorgungsempfängern (mit Beihilfeanspruch), höherer Heilkosten sowie veränderter Altersstruktur.</p>					
446 10	018	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dgl.	824.203 618.092	322.600	460.100
446 11 neu	048	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Epl. 03)		478.000	681.500
446 12 neu	058	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich des Rechtsschutzes (Epl. 04)		239.000	340.800
446 13 neu	068	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Finanzverwaltung (Epl. 12)		59.800	85.200
446 14 neu	118	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Schulen (Epl. 05)		59.800	85.200
446 15 neu	138	Beihilfen für Versorgungsempfänger aufgrund der Beihilfevorschriften im Bereich der Hochschulen (Epl. 06)		59.800	85.200
Summe HGr. 4:			14.639.820	26.010.200	32.120.100

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10 neu	018	Erstattungen an den Bund für Sonderversorgungen der Angehörigen der Polizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs	133.447.181 123.550.870	152.876.300	139.582.700
---------------	-----	---	----------------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 710 / 641 10	133.447.181	0
Zusammen		133.447.181	0

Erstattungen an den Bund nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBl. I 1991, S. 1677) für Kosten aus dem ehemaligen Sonderversorgungssystem der Deutschen Volkspolizei, der Feuerwehr und des Strafvollzugs, sowie der Rentenversicherungsbeiträge nach § 9 des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) vom 25.07.1991, sowie Verwaltungskosten, die das Bundesversicherungsamt geltend macht. Die Mittel werden vom Ministerium des Innern bewirtschaftet.

631 11 neu	018	Erstattungen an den Bund für Zusatzversorgungssysteme	214.742.590 183.319.559	201.000.000	229.000.000
---------------	-----	---	----------------------------	-------------	-------------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	20 710 / 641 11	163.613.402	0
Zusammen		163.613.402	0

Nach § 15 des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (BGBl. Teil I Seite 1677 von 1991) werden dem Bund die entstehenden Aufwendungen für die Zusatzversorgungssysteme in Höhe von zwei Dritteln von den neuen Bundesländern erstattet. Mehr wegen der Rentenanpassung sowie der erhöhten Anzahl von Versorgungsempfängern. Die Mittel werden vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen bewirtschaftet.

632 10 neu	048	Erstattungen von Versorgungsbezügen an Länder		15.400	15.400
---------------	-----	---	--	--------	--------

Erläuterungen:

Ausgaben für die Beteiligung an Versorgungslasten aufnehmender Dienstherrn (Länder) in den Fällen der Übernahme eines Beamten oder Richters nach Vollendung des 45. Lebensjahres aufgrund §§ 107 b, 107 c des Beamtenversorgungsgesetzes.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(641 10)	016	Erstattungen an den Bund für Sonderversorgungen der Angehörigen der Polizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzugs	0 0		
umgesetzt nach 20 710 / 631 10					
(641 11)	016	Erstattungen an den Bund für Zusatzversorgungssysteme	0 0		
umgesetzt nach 20 710 / 631 11					

Summe HGr. 6:			348.189.771	353.891.700	368.598.100
---------------	--	--	-------------	-------------	-------------

20 Allgemeine Finanzverwaltung
20 710 Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	118.620	202.000	202.000
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	5.821.058	6.523.900	7.226.900
Gesamteinnahme			5.939.678	6.725.900	7.428.900
Ausgaben					
		HGr. 4 Personalausgaben	14.639.820	26.010.200	32.120.100
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	348.189.771	353.891.700	368.598.100
Gesamtausgabe			362.829.591	379.901.900	400.718.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-356.889.914	-373.176.000	-393.289.300

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2001 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2000 EUR	2002 EUR	2003 EUR
Einnahmen					
Steuern und steuerähnliche Abgaben					
099 10	018	Zuführung zur Versorgungsrücklage aus dem Landeshaushalt Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Erläuterungen Die Zuführungen entsprechen den Ausgaben bei den Titeln 424 10 und 434 10 des Landeshaushaltsplanes.	3.732.500 1.845.488	5.728.900	5.728.900
099 20	018	Zuführung zur Versorgungsrücklage der Landesversicherungsanstalt Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20	8.000 5.311	13.000	13.000
099 30	018	Zuführung der Versorgungsrücklage der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20	500 327	800	800
Übrige Einnahmen					
134 10	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel -Wertpapieranlage- Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Erläuterung Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital -aus der Rückzahlung von angelegten Wertpapieren- gebucht.	- -	-	-
134 20	018	Einnahmen aus Rückflüssen angelegter Mittel aus sonstigen Anlagen Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20 Bei diesem Titel wird das von der ILB zurückgezahlte Kapital -aus dem Rückfluss von sonstigen angelegten Mitteln- gebucht.	9.727 45.169	35.455	95.730
154 10	018	Zinseinnahmen aus Wertpapieranlage Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 546 10, 546 20, 546 30, 831 10, 671 10	142.625 36.250	348.380	721.600
154 20	018	Zinseinnahmen aus sonstigen Anlagen Haushaltsvermerk Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung der Ausgaben bei folgenden Titeln: 831 10, 831 20	2.000 1.877	5.000	3.500
Gesamteinnahmen			3.895.352 1.934.422	6.131.535	6.563.530

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2001 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2000 EUR	2002 EUR	2003 EUR
Ausgaben					
Sächliche Verwaltungsausgaben					
546 10	018	Depotkosten für Wertpapiere aus dem Landeshaushalt	170 87	350	550
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.			
546 20	018	Depotkosten für Wertpapiere der Landesversicherungsanstalt	-		
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 20 geleistet werden.			
546 30	018	Depotkosten für Wertpapiere der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	-		
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 30 geleistet werden.			
575 10	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf Landeshaushalt	4.358		
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.			
575 30	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf LVA	13		
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.			
575 40	018	Anfallende Stückzinsen bei Wertpapierkauf für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	1		
		Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden.			
634 10	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Landeshaushalt	- -	-	-
		Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2013 gesperrt.			
634 20	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für den Landesversicherungsanstalt	- -	-	-
		Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2013 gesperrt.			
634 30	018	Entnahme von Mitteln aus der Versorgungsrücklage für die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten	- -	-	-
		Haushaltsvermerk Ausgaben sind gemäß § 7 BbgVRG bis 31.12.2013 gesperrt.			

Übersicht über den
Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg"

zu Kapitel 20 710
Titel 424 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	Soll 2001 EUR	Ansatz	Ansatz
			Ist 2000 EUR	2002 EUR	2003 EUR
671 10	660	Renditeanteil der ILB Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 154 10 geleistet werden. Erläuterung Die Entnahme für die ILB erfolgt gemäß § 2 Abs. 5 Geschäftsbe- sorgungsvertrag zwischen der ILB und dem MdF vom 15.06.1999	115.000 31.358	180.000	192.000
		Sonstige Ausgaben für Investitionen			
831 10	018	Ausgaben zur Wertpapieranlage Haushaltsvermerk Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei folgenden Titeln geleistet werden: 099 10, 099 20, 099 30, 134 10, 134 20, 154 10, 154 20	3.735.000 54.896	5.820.000	6.208.000
831 20	018	Ausgaben für sonstige Anlagen	35.455 54.896	131.185	162.980
		Gesamtausgaben	3.895.352 1.934.422	6.131.535	6.563.530

Haushaltsübersicht 2002

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächti- gungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
Titel			2002	2003	2004	2005	2006 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
20 030	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)						
613 14	Ausgleichsfonds	38.346,9	5.112,9	5.112,9	6.646,8	21.474,3	
883 11	Zuweisungen für kommunale Investitionen	9.887,0	4.887,0	5.000,0			
883 40	Zuweisungen für kommunale Investitionen des Sonderprogramms Fremdenverkehr ländlicher Raum	2.045,2	511,3	511,3	511,3	511,3	
	Zusammen:	50.279,1	10.511,2	10.624,2	7.158,1	21.985,6	

Haushaltsübersicht 2003

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap. Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2002	2003	2004	2005	2006 ff.
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
20 030	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen (Steuerverbund und sonstige Leistungen)					
613 14	Ausgleichsfonds	38.346,9	22.650,2	1.942,9	2.096,3	18.611,0
883 11	Zuweisungen für kommunale Investitionen	9.887,0	3.000,0	3.000,0		
883 40	Zuweisungen für kommunale Investitionen des Sonderprogramms Fremdenverkehr ländlicher Raum	2.045,2	1.533,9	511,3	511,3	511,3
	Zusammen:	50.279,1	27.184,1	5.454,2	2.607,6	19.122,3

[illegible]

[illegible]

Übersicht

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen			Lastkraftwagen			Krafträder			Sonderfahrzeuge			Zusammen		
	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
20630	5	5	5	3	3	3				20	20	20	28	28	28
Zus.	5	5	5	3	3	3				20	20	20	28	28	28